

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Registrierung. Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Lehrsprache: Amt l. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 5. Dezember 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die französische Ministerkrise.

Paris, den 1. Dezember. Kennen Sie das Mordspiel (jeu des massacres)? Auf den Jahrmärkten in Frankreich findet man stets Buden, um die sich eine große scherzende und lachende Menge versammelt, und wo man ungefähr einen halben Meter große Figuren sieht, die Volkstypen darstellen sollen, wie: Polizeikommissar, Gendarm, Ganswurst, Schwiegermutter, alte Jungfer, Dorfstutzer, Geizhals, Wucherer u. s. w. Wer das Vergnügen haben will, diese Figuren mit Kugeln umzuwerfen, muß für 5 Würfle einen Sou bezahlen: das nennt man das Mordspiel. Ein „Künstler“ hatte vor einigen Jahren den witzigen Einfall, diese Phantasiestypen durch Puppen zu ersetzen, welche die jeweiligen Minister und Politiker darstellten. Seine Bude machte Furore. Ganz Paris lief hin, um Ferry, Goblet, Spuller, Grévy und Wilson zu tödnen. Die Polizei ereiferte sich und verhängte die Schließung der Bude dieses so wenig respektvollen Gewerbetreibenden. Aber das Mordspiel mit politischen Größen, das auf dem Jahrmärkten verboten war, wurde in dem Parlament eingeführt. Jeder Redner, der die Tribüne betritt, schießt mit Epigrammen, Auspielungen, Beschuldigungen und Denunziationen auf die Minister, die vor ihm aufgestellt sind. Während der letzten Legislaturperiode vergaßen die Abgeordneten die Interessen des Landes, um sich an diesem Spiel zu ergötzen. Man „mordete“ die Minister mit solchem Eifer, daß alle Monate ein oder zwei Minister, die ganz besonders schlecht zugerichtet waren, ersetzt werden mußten, und das wir beständig Ministerkrisen hatten.

Die Opportunisten waren in Verzweiflung. Nach den Wahlen sahen sie wieder Muth; sie dachten, sie hätten eine Regierungsmajorität und würden bald ein festes, unerschütterliches Ministerium haben. Der seit Dupuy bildete sich das Kämliche ein. Er hatte die drei Radikalen des Kabinetts: Peytral, Biette und Terrier feste gemacht. Voll Löwenmuthes zog er in den Krieg gegen den Sozialismus, den er zermalmen zu können vermeinte. Doch was geschah! Das Mordspiel beginnt wieder. Jaurès wirkt mit einem einzigen Treffer den schrecklichen Dupuy, das Volkwerk der Reaktion, über den Haufen; und nach Jaurès werfen die Radikalen Vockroy und Pelléan, und die Opportunisten Barthou und Deschanel die Minister Peytral, Biette und Terrier um. Das ist vielversprechend: „Und wir sind erst beim Anfang einer Legislaturperiode“, seufzt der „Temps“ schmerzvoll. „Es darf kein Fehler mehr gemacht werden, die ganze Gesetzgebung wäre in Gefahr, und würde die Folgen zu tragen haben.“

Der Fehler ist gemacht worden. Alle Abgeordneten begreifen, daß das Mordspiel fortgesetzt wird. Obgleich es in der Kammer von Minister-Aspiranten wimmelt, so wagt sich doch keiner an die Aufgabe, ein Ministerium zu bilden. Carnot beruft Dupuy, doch der antwortet: „Ich habe keine Lust mehr; ich habe mir alle Knochen im Leibe bei dem Fall gebrochen.“ Er wendet sich an Méline, den Führer der Schutzölner, die in der alten Kammer die Mehrheit hatten und sie auch in der neuen noch haben. Aber Méline erklärt: er habe nicht Einfluß genug, um ein Kabinet bilden zu können. Carnot beruft Casimir Périer, der davon träumt, aus dem Präsidenten der Kammer Präsident der Republik zu werden, aber auch sehr gut weiß, daß man nur Minister zu werden braucht, um es mit aller Welt zu verderben. Er sieht die Schlinge, die man ihm legt, und versichert: Dupuy sei nur irrthümlicher Weise gefallen und er habe, obgleich er durch die Sozialisten gefürzt sei und von den Deputirten und

Zeitungen aller Schattirung lächerlich gemacht werde, dennoch eine Mehrheit für sich.

Aber Carnot, der an seinem Plane festhält, bleibt standhaft und schiebt Méline, Raynal und andere zu Casimir Périer, um ihm zu beweisen, daß er die Bildung des Ministeriums übernehmen muß. Mit je mehr unvorderleglichen Gründen man ihm kommt, umso hartnäckiger besteht dieser darauf, der gefährlichen Ehre aus dem Wege zu gehen. In seiner Verzweiflung beruft Carnot den Vicepräsidenten der Kammer und des Senats, Loubet, und schließlich Spuller, den „Bandwurm-Improvisator“, — ein Beiname, den seine Mitarbeiter an der „République française“ ihm wegen seiner bellagenerwerthen Eigenschaft, endlose Leitartikel zu „improvisiren“, gegeben haben. „Le Temps“ und alle opportunistischen Zeitungen waren glücklich. Endlich war der Mann gefunden, der Muth genug hatte, das Werk zu übernehmen und ein Ministerium zu bilden. Nach zwei Tagen der größten Anstrengung war selbst Spuller gezwungen, zu erklären, er könne kein Ministerium „improvisiren“. Es blieb nur noch ein Mann übrig: Casimir Périer. Der Kernste konnte nicht mehr ausweichen, er mußte gute Miene zum bösen Spiel machen. Wird es ihm gelingen?*)

Je länger die Krise dauert, um so mehr greift die Verwirrung im Lager der Regierungrepublikaner um sich: sie suchen im Schweiß ihres Angesichts nach Sündenböden, die sie für das parlamentarische Chaos (heillose Durcheinander) verantwortlich machen können. Sie beschuldigen Constans, die Kombination Spuller zum Scheitern gebracht zu haben, weil Carnot ihn nicht hereinziehen wollte. Sie gehen sogar so weit, Carnot in die Sache zu verwickeln, dessen geheilte Person doch über allen Meinungsverschiedenheiten und allem Parteihader stehen soll. Sie werfen ihm vor, die Krise absichtlich heraufbeschworen zu haben, nach dem Einen dadurch, daß er Dupuy gehindert, die drei radikalen Minister „auszuschiffen“, nach dem Andern dadurch, daß er verrathen habe, sie seien zum Rücktritt gezwungen. Aus diesem Wirrwahl wird niemand mehr Licht.

Es ist gleichgiltig, wie die Krise jetzt endigen wird — sie hat bereits ihre Früchte getragen. Aber sie wird noch andere tragen.

Zweihundert neue Abgeordnete sind in die Kammer gekommen. Sie schwanken und wissen nicht, welcher Gruppe sich anschließen. Ein Ministerium, das sich gleich nach Eröffnung der Kammer fest zeigte, hätte einen Theil von ihnen um sich gruppiert, ihn unter die alten Truppen gestellt und so eine Majorität geschaffen. Dupuy versuchte diese Taktik; er stellte sich als Drahtkötter des Sozialismus hin, um seine Stärke zu zeigen, und auf den ersten Dieb war er gefallt. Alle Neugekommenen haben nun Zeit sich umzusehen, ehe sie einer Gruppe beitreten, und, einmal mißtrauisch geworden, werden sie nur mit Vorsicht ihre Unterstützung Ministerien geben, die sich „stark“ nennen.

In meinem Brief nach den Wahlen sagte ich Ihnen, daß die neue Kammer ebenso uneinig und regierungsunfähig zu sein verspreche, wie die letzte es war. Ich füge heute hinzu: sie wird noch schlechter. Alle ihre Kräfte werden sich in unendlich viele (infinitesimale) Gruppen zersplittern; und sie enthält wenig Männer, die im Stande sind, diese Gruppen auch nur für kurze Zeit zu einer Majorität zusammenzuballen. Denn die letzte Session mit den Panama-Scandalen hat eine große Zahl der parlamentarischen Führer um ihren Ruf gebracht.

*) Es ist ihm gelungen, niemand kann seinem Schicksal entgehen. N. d. W.

Mehrere von ihnen sind aus der Wahlschlacht zurückgekehrt, z. B. Rouvier, Roche, Raynal, Reinach, Burdeau u. s. w. Aber sie sind zu zweiten Rollen verurtheilt. Es ist ein sehr starker Mangel an Männern, aus denen Minister zu machen sind (hommes ministrables). Der französische Parlamentarismus ist ein Menschenfresser, der gewaltig viel verzehret. Einige Ziffern zeigen seinen Heißhunger und seine Verdauungskraft. Seit 1870 hat er 31 Kabinette aufgespeist — ungefähr ein alle neun Monate, und 154 Minister, das heißt einen alle sieben Wochen. Sie sehen, das „Mordspiel“ blüht im Palais Bourbon, und die Abgeordneten amüsiren sich dort, als wären sie bloß dafür gewählt und bezahlt, Minister zu Boden zu schlagen.

Der Sturz des Kabinetts Dupuy hat der traurigen radikalen Partei, die eigentlich nur noch eine Etikette (ein Titel) war, den Gnadenstoß versetzt.

All ihre donnernden Führer gelangten in das Ministerium, nur um die Reformen zu bekämpfen, die sie in der Opposition gefordert hatten. Die Barthou und die Deschanel des Opportunismus haben sich das Vergnügen gemacht, die drei Radikalen des Ministeriums mit ihrem ehemaligen Programm abzuschlachten:

Herr Terrier und Sie, Herr Biette, Sie Possenreifer, die Sie behaupten, daß die Religion ein Geschäft ist, die Sie keine Beamten wollen, die um den Nacken das Halsband des Pfaffenstums tragen, — ach! aber es will und bedünkt, Sie hätten die ministerielle Erklärung Dupuy's unterzeichnet; und jetzt verkündigen Sie, daß Sie diese berühmte Trennung der Kirche vom Staat, die Ihnen zu den Stimmen Ihrer Wähler verholpen hat, nicht mehr wollen! — Und Sie, Herr Peytral, Sie sind aus Marseille, wo man den Knoblauch liebt und die Bouillabaisse**) und die schraubenden, hochtrabenden Worte, Sie haben Ihren Wählern die Abschaffung aller indirekten Steuern und an deren Stelle die Einführung einer einzigen Einkommensteuer versprochen. Sie haben auch einmal einen prachtvollen Antrag zu diesem Zweck eingebracht und jetzt unterzeichnen Sie die Erklärung Dupuy, welche jede Steuer auf das Einkommen zurückweist! Sie sagten Ihren Marceller Wählern, Sie seien „ein unerschütterlicher Held“; — das ist richtig: um nicht in Ihrer Ministerstellung „erschüttert“ zu werden, haben Sie alle Ihre Grundzüge und Versprechungen geopfert!

Die Radikalen selbst machten mit und griffen wuthstammend die drei Pechvögel von Ministern an, die sich gar nichts Böses dabei gedacht hatten, als sie ihr Oppositionsprogramm verleugneten, ebenso wie ihre Vorgänger es gethan haben und wie ihre Nachfolger bereit sind, es zu thun.

Während der dreitägigen Kammerdebatte „hat die radikale Partei nur eine untergeordnete Rolle gespielt“, stellte Herr E. Lacombe selbst fest, einer der Führer des Radikalismus. Die Debatte ging über seinen (des Radikalismus) Kopf weg, sie wurde ausgefochten zwischen den Kollektivisten einer- und ihren entschiedenen Gegnern andererseits. In der That, gegen den Sozialismus haben die Minister Sturm gelassen und hinter ihnen her die Räder des Zentrums***) und die zahllosen Krüppel der Linken. Der Sozialismus hat es unter seiner Würde gehalten, auf das Gebelzer und Gekelze dieser letzteren zu antworten; er stützte sich auf das Ministerium und schlug es nieder.

*) Dem Palast der französischen Kammer.
**) Ein in Südfrankreich sehr beliebtes Fischgericht.
***) Das französische Zentrum (eig. das Linke Zentrum Centre gauche) entspricht ungefähr unseren Nationalliberalen.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

24

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Russland.

(Aus dem Russischen übersetzt.)

Frau Isjumkin liebte solche Romane zu lesen. Aber mein Gott! dieser Roman — ist die Wirklichkeit, diese Heroine, welche auf der Britische liegt, ist kein Phantastengebilde — sondern Frau Isjumkin selbst.

Sie will nicht daran glauben. Es ist ein Traum, eine Halluzination, ein schwerer Alldruck . . . Nein, das ist die unleugbare Wahrheit.

Frau Isjumkin wirft sich bitter weinend auf die Britische und neht das harte Kopfkissen mit ihren Thränen, bis endlich die Thränen versiegen und die Brust, erschöpft von den vielen Seufzern, Ruhe verlangt.

Mit rothgeweinten Augen, angstvoll das Fenster anstarrend, überlegte sich Frau Isjumkin ihr Schicksal. Sie war fest überzeugt gewesen, daß sie nie in das Gefängniß gerathen würde. Wenn sie das gewußt hätte, daß ihr solches bevorstehen würde, hätte sie keinen einzigen Radikalen in ihrer Wohnung empfangen. Sie konnte es sich nicht denken, daß es damit endigen würde. Mein Gott, wie schrecklich! . . . In ihrem Geiste sah sie die Gesichter der von ihr empfangenen Radikalen. Sie erinnerte sich der letzten Berathung, daß Radaljon abreißen sollte, des geheimnißvollen Salons, und dieß alles wurde ihr plötzlich zuwider: ebenso erscheint dem Spieler, der verloren hat, jener Saal widerwärtig, den er

mit frohem Muth vor Anfang des Spieles, das ihm gestern noch soviel Vergnügen bereitet hat, betreten hat.

Die ihr auferlegten Leiden drückten Isjumkin ganz nieder, sie hatte nichts, sie zu beschwichtigen, ihre Kräfte aufrecht zu erhalten. Sie leidet nicht aus Ueberzeugung, weil sie nie eine gehabt hatte, ebensowenig wie leidenschaftlich geliebte Ideale. Sie gleicht nicht einem verwundeten Krieger, der in den bitteren Minuten der Agonie sich damit trösten kann, daß seine Kameraden über ihn hinweg in die Festung eingedrungen sind. Sie kann nicht sagen, daß sie einer geliebten Sache wegen Qualen erduldet. Nein, sie leidet bloß infolge ihres Reichthumes, ihrer Neugierde und aus Liebe zu romanhaften Verwickelungen.

Selbstverständlich liebte sie die Freiheit und war unzufrieden mit der Regierung; sie verurtheilte sehr energisch dieselbe wegen der Unterdrückung der Presse — und las gerne Romane aus dem Leben der Terroristen.

Aber was wünschten die Menschen nicht alles — dachte sie jetzt — gerne hätte ich meinen Wünschen entsagt, wenn ich gewußt hätte, daß man mich dafür in das Gefängniß setzen würde. Möge man meinethwegen die ganze Buchdruckerkunst vernichten, ich beklage mich nicht darüber, wenn ich nur dadurch befreit werden würde.“

Frau Isjumkin dachte an ihre Kinder und schalt sich eine Verbrecherin.

Was wird aus diesen, wenn man mich nach Sibirien schießt? O, mein Gatte, hätte ich nur gewußt, daß das Alles so enden würde!

Und von Neuem begannen ihre Thränen zu fließen. Die Schwalben, die an dem Fenster vorbeiflogen, zwitscherten laut, wie schön die Freiheit, wie mild der Abend ist, wie die Wolken sich rötheten, und wie süß es wäre, jetzt die Kinder küssen zu können.

Im Geiste sah Frau Isjumkin ihren Empfangsalon, das Schlaf- und Kinderzimmer, die Blumen auf dem Fenster und die weißen Gardinen vor denselben. Alles erschien ihr jetzt doppelt so schön, wie früher. Aber was sind das für Leute, die vor ihrem Dinan und ihren Esseln sitzen? Vor ihren Blicken verschwindet das heitere Licht im Zimmer und die Finsterniß des Gefängnisses breitet sich aus.

„Thörichte Phantasten . . . Fanatiker!“ . . . schrie sie auf.

Es kränkte sie das Bewußtsein, daß sie selbst die Schuldige war, und sie beschuldigte deshalb in kindischer Weise Andere. Der Sozialismus, den sie sich bis jetzt in einer unklaren Form vorgestellt hatte, nahm plötzlich in ihren Augen eine verderbenbringende Gestalt an. Jetzt nähert er sich ihr vom Fenster aus in Gestalt eines Zauberers, streckt eine Menge Hände aus und umfaßt sie.

Die Terroristen, die Volksgänger, die Gedichte aus dem Willen des Volkes, welche sie abgeschrieben hatte, die Konstitution, ihr Sonnenschirm, den sie als Zeichen, daß sie zu Hause sei, auf das Fenster gelegt hat, die chiffirten Briefe, die Reihen blauer Ziffern, die Ausrufe der Radikalen, alles dieses tanzte chaotisch an ihren Augen vorüber. Alles verschwamm in eine schwarze Masse und aus dieser streckten sich auch Arme in grauen Ärmeln hervor, die Arme jener beiden Gendarmen, die sie in das Gefängniß geführt hatten.

„Herr, erreite mich, führe mich aus dem Gefängniß heraus!“ rief Frau Isjumkin aus.

Sie vergaß, daß sie noch unlängst, roth vor Eifer, gesagt hatte, daß sie nicht an Gott glaube. Das hatte sie aber nur so gedankenlos geschwätzt. Es hatten Andere es gesagt, die wirklich nicht an Gott glaubten, und sie hatte es wie ein gelehriger Papagei nachgeplappert.

Jetzt, wo die Royalisten endgültig überwunden sind und die republikanische Staatsform nicht mehr bestritten wird, selbst nicht mehr von dem Papst, werden in dem Parlament zwei große Parteien sich bilden — auf der einen Seite die Konservativen jeder Etikette und jeder Schattierung, und auf der anderen die Sozialisten.

Um die soziale Frage bei Seite zu schieben, hatte Gambetta und hatten nach ihm die Radikalen es versucht, eine katholische Partei zu gründen, gegen die man spiegelbildlich losdämmern konnte — zur Unterhaltung des Publikums, dem man Pfaffen zum Fressen hinwarf, damit es nicht daran denke, die Bourgeois zu verschlingen. Diese ganze Politik ist zerflört, weggefegt. Die beiden Parteien sind bereits im Kampf mit einander, obgleich die Parteigruppen noch schwankend sind. Die konservative Regierungspartei wird mehr und mehr die alten Verfeinerungen (Fossilien) der geschlagenen und zur Ohnmacht verdamnten Parteien in sich aufnehmen; die sozialistische Partei, die von Guesde und Bailant bis Wilerand reicht, wird der alten radikalen Partei ins Gehege gehen und ihr die tüchtigsten und thätigsten Leute weghehlen.

Die ökonomischen Vorgänge und die sozialistische Agitation außerhalb des Parlaments werden die Angriffsfront der parlamentarischen Gruppe vergrößern, die, wenn auch wenig zahlreich, doch über bedeutende Talente verfügt, wie die Gegner zu ihrem Schaden erfahren werden.

Der Sozialismus beginnt in Frankreich die politische Partei zu werden, welche die verbündeten kapitalistischen Parteien allesamt im Schach hält. Gallus.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Dezember.

Aus dem Reichstage ist heute wenig zu melden. Vor sehr schwach besuchtem Hause wurden einige Vorlagen wie das Unterstützungswohnungs-Gesetz und das Viehscheuengesetz der Erledigung entgegengeführt. Große Debatten und erwähnenswerthe Reden fehlten. Morgen ist dafür wieder ein großer Tag. Die Debatte über die neuen Steuervorlagen wird morgen eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen die Börsen-, Quittungs- und Fachtbriefstempel-Steuer.

An der ablehnenden Haltung des Kaisers ist die Reform der Militär-Strafprozessordnung schon zweimal gescheitert, wie der bairische Kriegsminister in der Abgeordneten-Kammer erklärte.

Militärjustiz. Wie die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ erfährt, ist vor einigen Tagen der Soldat Berger von der 8. Kompanie des 102. Infanterie-Regiments in Jittau nach Dresden überführt und wird in Dresden im Militärarrest festgehalten. Berger ist derjenige Soldat, den unser Genosse Gradnauer durch den Vertrauensmann unserer Partei in Jittau flüchtig kennen gelernt hat. Berger soll bei seiner Kompanie längst als Sozialdemokrat bekannt gewesen sein, und diese Thatsache, daß er Sozialdemokrat sei, stets zugestanden haben. Von Berger war gerade an dem Tage, als Gradnauer verhaftet wurde, ein Brief an diesen eingetroffen, den Gradnauer bei seiner Verhaftung bei sich trug. Auf diese Weise wurde die Bekanntschaft Berger's mit Gradnauer der Militärbehörde bekannt. Der Brief enthielt lediglich Privatmittheilungen über persönliches Befinden u. s. w. Und doch scheint es, als ob dieser Brief allein Anlaß zu der Inhaftierung Berger's giebt. Wie die „S. A. Z.“ aus ganz sicherer Quelle erfährt, liegt etwas anderes gegen Berger absolut nicht vor. Die Militärjustiz scheint daher im Falle Berger genau so zu arbeiten wie in dem Falle Gradnauer. Irgend etwas wirklich für Berger Belastendes liegt in keiner Weise vor, jedoch man versucht, durch Abhörung aller möglichen Zeugen etwas herauszufinden.

Glaubt denn die sächsische Militärjustiz, daß die öffentliche Meinung, weil es sich hier um einen noch im aktiven Dienst befindlichen Mann handelt und nicht um eine Zivilperson, wie im Falle Gradnauer, ihr Verfahren ruhig hinnehmen werde?

Wir erwarten, daß die anständige Presse aller Parteirichtungen, welche die Heimlichkeit des militärischen Gerichtsverfahrens bekämpft, von diesem neuen Vorkommniß Notiz nimmt und hierdurch die Militärgerichtsbehörde zur Beschleunigung und Beendigung ihres Verfahrens ebenso antreiben wird, wie es im Falle Gradnauer geschehen ist.

Die Verdrigung Tölke's gestaltete sich, wie uns aus Dortmund telegraphisch wird, zu einer großartigen Demonstration. Von Nah und Fern waren die Genossen gekommen, um den Veteran der Partei das letzte Geleit zu

Aber jetzt ist sie überzeugt, daß sie an Gott glaubt, und betet mit Thränen in den Augen.

Wenn nur diese harte Lehre gut enden wollte — dachte sie — ich würde eine ganz Andere werden. Ich bin bereit, alles zu ertragen, mag auch die Konstitution niemals eingeführt werden, mag man thun, was man will, ich werde nie mehr räsouniren, wenn man mich nur aus dem Gefängniß befreien würde. Ich werde nur für meine Kinder leben, nur ungefährliche Bekanntschaften pflegen, nur das Lesen, was gestattet ist, und nicht einen Sozialisten mehr seinen Fuß über meine Schwelle setzen lassen.

Einige Tage nach der Gefangennahme wurde Frau Jzjumkin zum Verhör gerufen. Mit ängstlichem Herzen setzte sie sich auf den Stuhl des Gendarmen-Obersten gegenüber; seitwärts sah der Staatsanwalt und beobachtete sie mit seinen scharfen, klugen Augen.

Der Oberst richtete mehrmals die Frage an sie, wer sie besucht habe.

„Ach, ich weiß es nicht“ — antwortete Frau Jzjumkin mit aufgeregter klagender Stimme — „waren es Verbrecher, so mußte ich es nicht, weil sie mir nicht gesagt haben, wer sie sind, sie besuchten mich bloß und tranken Thee bei mir. Ich begreife nicht, weshalb man mich quält. Wann werden Sie mich freilassen?“

„Es liegen so viele Beweise gegen Sie vor, daß man nicht daran denken kann,“ antwortete der Oberst.

„Alles hängt von Ihrer Aufrichtigkeit ab — sagte der Staatsanwalt — Ihr Zeugnen hat für uns gar keine Bedeutung, da man alle Verbrecher, die sie bei sich empfangen haben, bereits ergriffen hat; nur für Sie selbst ist Ihre Unaufrichtigkeit sehr schädlich. Sie kennen doch das Sprichwort, daß der Neuzige nicht bestraft wird. Die Regierung verlangt keine Opfer und unterscheidet die wirklichen Verbrecher von den Verfährten.“

Frau Jzjumkin schwieg und die Thränen traten ihr in die Augen.

„Lassen Sie mich meine Kinder sehen“ . . . sagte sie mit flehender Stimme.

geben. An zehntausend Personen bewegten sich im Zuge, während tausende dem Zuge voranzogen oder in den Straßen, die der Zug passirte, dichtgedrängt Spalier bildeten. Die Polizei forderte die Entfernung der rothen Kranzbänder, die von den Berliner Genossen gestiftete Schleife wurde beschlagnahmt. Eine Grabrede zu halten war verboten. Den ersten Kranz am Grabe legte im Auftrage des Parteivorstandes Gerisch, den zweiten im Auftrage der Fraktion Harm nieder. Dann folgten weitere prachtvolle Kränze der Dortmunder, Hamburger, Berliner Genossen, der Gewerkschaften und der rheinisch-westfälischen Parteiorde, insgesamt achtzig, die einen kleinen Hügel bildeten. Die eine Stunde später stattfindende Gedächtnißfeier war überfüllt. Ansprachen hielten Lehmann, Gerisch und Harm.

Die Freisinnige Vereinigung hat bei ihrer Konstituierung folgende zwei Resolutionen gefaßt:

Die Generalversammlung spricht die Erwartung aus, daß der Vorstand, in Ausführung des § 1b des Statuts, der nächsten Generalversammlung einen Arbeitsplan vorlegen wird, der die konkreteren Forderungen des Liberalismus auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem und rechtlichem Gebiete im Hinblick auf die praktische Verwirklichung formalisiert, und daß fernhin die Generalversammlung zur Mitwirkung an der Fortbildung dieses Arbeitsplans nach den Forderungen der Zeit berufen sein werde.

Die Generalversammlung beschließt: den Vorstand zu ersuchen, der nächsten Generalversammlung Vorschläge über die Formulierung der aktuellen Forderungen des Liberalismus auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem und rechtlichem Gebiete zu machen und diese Vorschläge, unter Heranziehung von Kommissionen für einzelne wichtige Fragen aus den Kreisen der Parteigenossen, vorzubereiten; 2) auszusprechen, daß es Pflicht des Vorstandes und auch der Parteigenossen ist, sofort auf diesen Gebieten, soweit als thunlich, thätig zu sein, und zwar nicht bloß bezüglich der Handels- und Industriepolitik, der Steuerfragen, der agrarischen Frage, der Schulfrage, sondern auch bezüglich anderer baldige Behandlung erforderlicher Fragen; 3) als solche andere dringliche Fragen sind zu bezeichnen: a) die Verbesserung der Arbeiterversicherung unter Aufrechterhaltung der den arbeitenden Klassen dadurch gewährten Vortheile, b) die Erweiterung der Rechte und der freien Bewegung der Vereine, c) die schwierige Lage des Kleingewerbes, besonders des Handwerks infolge Veränderung der Produktions- und Verkaufsverhältnisse, d) der Ausbau und die Verbilligung der Verkehrswege, sowie die Befestigung der auf dem Gebiete des Militärwesens hervorgetretenen Schäden.

Mit solchen Resolutionen wird man nicht für eine Partei, die Freisinnige Vereinigung wird ihrem Schicksale, dem politischen Tode nicht entgehen.

Das „alle christliche“ „Berliner Tageblatt“ tistt seinen Lesern die Mähr von einer Spaltung innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion als Sonntag-Lesendessert auf. Es meint, Stadthagen befindet sich bezüglich der Immunitätsfrage in Widerspruch mit seinen Fraktionskollegen, da diese einen Gesetzentwurf eingebracht hätten, der die Verhaftung eines Abgeordneten für unzulässig erkläre, während Stadthagen schon auf Grund der jetzigen Fassung des Artikel 81 die Verhaftung auch zwecks Strafverurteilung für unzulässig erachte. Kann es thörichteres Zeug geben, das für die absolute Unkenntnis und willkürliche Einstellung des „alten, christlichen“ Blattes beweist? Der von der Fraktion eingebrachte Antrag ist von Stadthagen mit unterschrieben. Er bezweckt, jeden Zweifel über die Tragweite des Artikel 81 zu beseitigen. Bekanntlich wurden in diesem Artikel drei Streitfragen von Leuten, die das Recht der Volkswetretung verläzzen wollten, hineingetragen. Artikel 81 spricht klar aus, daß für die Dauer einer Reichstags-Session ohne Genehmigung des Reichstages keines seiner Mitglieder zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden darf und daß auf Verlangen des Reichstages „jedes Strafverfahren“ für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben ist. Trotzdem ist seit 1874, wo Bismarck bekanntlich die vom Berliner Stadtgericht als ungesetzlich und verfassungswidrig abgelehnte Verhaftung des Abgeordneten Masunke bei dem besser zusammengefaßten Kammergericht durchgesetzt hatte, beauptet: 1. Sitzungsperiode umfasse die Zeit der Verurteilung eines Reichstages nicht in sich; 2. „Verhaftet“ heißt nicht zwecks Strafverurteilung verhaften; 3. „Strafverfahren“ sei nur das Verfahren bis zur Rechtskraft des Urteils. Diese Behauptungen stützen sich sämtlich auf dieselben hinfälligen Gründe. Daß diese Gründe völlig verkehrt, hat in der Strafsache wider Schmidt (Sugghädi) und wider Kunert das Reichsgericht durch die Urtheile vom 8. Februar 1891 und 24. Juni 1892 bezüglich des ersten Punktes anerkannt und die gegen die genannten Abgeordneten eingeleiteten Strafverfahren als „unzulässig“ aufgehoben. Das Reichsgerichtsurtheil in Sachen wider Kunert läßt sich über die hier interessirenden Fragen wörtlich wie folgt aus:

„Wie nun die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes (Stenographische Berichte v. 1867, Band I, Seite 469) ergeben, hat der Artikel seine jetzige, mit dem Wort-

„So lange Sie nicht gestanden haben, dürfen Sie niemanden sehen,“ sagte der Staatsanwalt.

Frau Jzjumkin seufzte tief auf und wurde in ihre Zelle zurückgeführt.

„Diese Frau ist keine Sozialistin,“ sagte der Staatsanwalt dem Obersten, das sieht man sofort. Wenn sie erst zwei, drei Monate im Gefängniß geessen hat, wird sie alles eingestehen.

Die Leiden und die Angst nahmen nach dem Verhör für Frau Jzjumkin noch zu.

Gegen mich liegen viele Beweise vor. Alle sind arretirt worden und haben eingestanden.“

Sie glaubte daran — folglich würde sie verurtheilt und nach Sibirien verbannt werden.

Ihr schien es, daß aus dem Winkel ihrer Zelle eine Kälte ausströme, gleichsam als ob sich dort ein Eisberg befände, und der Polarwind sie anwehe. Die Verzweiflung überwältigte sie, und sie fiel ohnmächtig auf die Britsche hin. Niemand erschien ihr das Leben so schön als jetzt, und niemand hatte sie ihre Kinder so geliebt, als eben in diesem Augenblicke.

„Die Kinder werden mich verfluchen — sagte sie sich — ich sterbe, wenn ich nicht zu ihnen zurückkehren kann, um mich nie wieder von ihnen zu trennen.“

Der Wunsch nach der Freiheit um jeden Preis erfaßte sie, und beherrschte alle ihre Gedanken. Sie dachte an die Flucht. Unmöglich! Und wenn ihr auch die Flucht gelungen wäre, was hätte das ihr genützt? Sie würde zu ihren Kindern gehen, und dort hätte man sie wieder ergriffen. In ihrer Verzweiflung überlegte sie sich sorgfältig die Mittel, sich zu befreien, und dabei fielen ihr die Worte des Staatsanwalts ein, daß ihr Schicksal von ihrer Aufrichtigkeit abhängt. In der Wasse der fustieren Gedanken, welche sie zugleich mit der Hoffnungslosigkeit quälten, bligten diese Worte wie ein Hoffnungsstrahl auf.

(Fortsetzung folgt.)

laute des Art. 84 der preussischen Verfassungs-Urkunde übereinstimmende Fassung insolge des Antrages eines Abgeordneten erhalten, der seinen Antrag durch den Hinweis auf die Angemessenheit dieser Uebersetzung begründete. Es ist daher zur Interpretation des Art. 81 ein Zurückgehen auf die Entstehungsgeschichte des Art. 84 (der preussischen Verfassung) gerechtfertigt, und ergibt diese, daß er aus der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1840 (Gesetzsammlung Seite 359) entstammen, welche im Artikel 85 bestimmt: daß jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Kammer für die Dauer der Sitzung aufzuheben sei, wenn die betr. Kammer es verlange. Schon diese Entstehungsgeschichte läßt erkennen, daß man darauf verzichten muß, den Inhalt des Art. 81 aus den Grundgesetzen der jetzt geltenden Strafprozessordnung zu erläutern.

Sucht man nach den Gründen, welche den Reichstag zur Aufnahme des Art. 81 in die Verfassung bestimmt haben, so zeigen sich als maßgebend einertheils die Furcht vor tendenziöser Verfolgung einzelner Abgeordneter seitens der Regierung oder ihrer Organe, anderentheils die Erwägung, daß der Verammlung bei ihren Beratungen die Beihilfe keines ihrer Mitglieder entzogen werden dürfe, und endlich die Betrachtung, daß das Interesse des Reichstages höher stehe, als die Einbuße, welche die Reichsregierung durch eine zeitweilige Sistierung erleide.

Da es aber trotz dieser staatsbedingten Gründe, die das Recht einigen Rechtsverdiebern applizieren müßte, noch Leute giebt, die den Artikel 81 auch heute noch mißverstehen wollen, so hielt es die Fraktion — einschließl. Stadthagen — für zweckmäßig, eine selbst für den blödesten Bestand klare Worfassung des Artikel 81 vorzuschlagen. Derselbe enthält keine Aenderung, sondern eine Wiederholung der in Artikel 81 festgelegten Vollrechte. — Besonders wurmt das „alle christliche“ Tageblatt und mit ihm die „National-Zeitung“ der Umstand, daß gegen die Staatsanwaltschaft seitens Stadthagens Verfolgung aus § 106 des St.-G.-B. beantragt ist. Hiermit verhält es sich folgendermaßen. Auch gegen die Mitglieder von Behörden, die s. Z. eine Verhaftung des Genossen Schmidt bezüglich Kunert „unzulässig“ anordneten, waren Strafanträge gestellt. Derselbe wurde lediglich deshalb zurückgewiesen, weil die in jenen Fällen (außerhalb der Tagung des Reichstages) in Betracht kommenden strafrechtlichen Bestimmungen ausdrücklich das Wissen des Beamten erfordern, daß er wider das Gesetz handle. Dieses Erforderniß wurde aber damals nicht als vorhanden erachtet, weil im Fall Schmidt Rechtsunkenntniß, im Fall Kunert Unkenntniß darüber vorgelegen habe, ob auch Kunert Abgeordneter war. § 106 St.-G.-B. setzt nun dies Wissen nicht voraus; auch ist den Hamburger Behörden zweifellos bekannt, daß Stadthagen Abgeordneter. Es ist deshalb lediglich konsequent, daß Stadthagen den Strafantrag gestellt hat. Durch den Antrag wird er erfahren, welche Gründe nun vorliegend eine Verhaftung ausschließen.

„Der Radischen-Zamen“ will nicht aufgehen. Die Thatsachen, welche nachträglich über die an den Reichskanzler und den Kaiser adressirten „Höllensmaschinen“ bekannt werden, lassen es außer Zweifel, daß die im Anfang als so fürchterlich geschilderten „Mordmaschinen“ zu einem ernsthaften Attentat völlig ungeeignet waren, und selbst wenn die — für jeden mit den Gebräuchen der „hohen“ Gesellschaft Vertrauten ganz ausgeschlossene — Möglichkeit angenommen wird, daß sie den Adressaten direkt zugegangen wären, deren Leben nicht hätten bedrohen können. Unter solchen Umständen ist es einfach unmöglich, dem Subversivreich einen politischen Anprang und eine politische Bedeutung beizulegen. „Anarchisten“ à la Ravachol oder Pallas hätten, auch bei sonst stark ausgebildeter Verträglichkeit, die Ladung etwas weniger harmlos gemacht. Da ähnliche Attentate — vermittelt pulvergefüllter Kästchen von Pappdenkel, Holz oder Blech man erinnert sich der famosen Sardinienbüchse) seit Menschengedenken sehr häufig vorkommen, also durchaus nichts Außerordentliches oder selbst Außergewöhnliches haben, so wollen wir uns über den Zwischenfall den Kopf nicht weiter zerbrechen.

Anerkannt sei bei dieser Gelegenheit, daß die Regierung, so weit sich bis jetzt überlegen läßt, keine Versuche gemacht hat, den Vorgang in Bismarck'scher Weise aufzupuffen und zu Reaktionszwecken zu „fruktifizieren“.

Desto eifriger ist das Hez- und Denunziationsgeschäft von der verkommensten aller deutschen Parteien, der national-liberalen, bejogt worden, die, wo es eine schmutzige Arbeit zu verrichten giebt, unbestritten stets vorne an ist.

Polizeischerze. Ein humoristisch veranlagter Spitzel schreibt — zusammenspielend mit einem Kollegen — in die, solchen Späßen zugänglichen Blätter:

In England herrscht infolge der Meldungen, daß internationale Vereinbarungen gegen das anarchische Verbrechertum geplant seien, große Aufregung unter den Anarchisten. Ein Theil scheint entschlossen, möglichst bald eine große Aktion ins Werk zu setzen; darauf deutet wenigstens die schon gestern mitgetheilte telegraphische Meldung aus London, es würden von dort Massenmanifeste an die französische Armee zur Vertheilung gebracht, in denen die Soldaten aufgefordert würden, ihre Führer zu erschießen. Ein anderer Theil besorgt Verhaftungen und sucht Vorkehrungen dagegen zu treffen. Im „Berl. Tagebl.“ liegt darüber folgendes Telegramm vor:

London, 2. Dezember. In hiesigen Anarchistenkreisen herrscht die größte Aufregung, da ihnen durch einen ihrem Verbands angehörigen Polizisten die Mittheilung zugegangen ist, daß aus Furcht vor möglichen Gewaltthaten bei dem morgigen Meeting auf dem Trafalgar Square die gefährlichsten Elemente der Anarchisten heute Abend verhaftet werden sollen. Es heißt, es seien 28 Haftbefehle, u. a. gegen Samuel und Nicols, erlassen. Das Redaktionslokal des anarchischen Hauptorgans „Commonweal“ wurde sofort in Vertheidigungszustand gesetzt, die Holzterrasse zur Druckerei abgetragen, die Thüren verbarrikadirt und Drähte gezogen, die das Alarmsignal geben und das Eindringen erschweren. Für das morgige Meeting werden in der Druckerei des „Commonweals“ in großer Menge anarchische Flugchriften vorbereitet, die in den Hüllen von Bombengefaß mit daran hängender Lunte und der Aufschrift Dynamit unter die Menge, namentlich aber unter die Polizisten geworfen werden sollen. Die Anarchisten machen die größten Anstrengungen, Arbeitslose zur zahlreichen Theilnahme an dem Meeting zu gewinnen. Die gemäßigteren Anarchistenführer beschließen eine große Ausschreitung und einen heftigen Zusammenstoß.

Man kann sich daher morgen auf bedeutungsvolle Meldungen aus London gefaßt machen.

Natürlich ist in London gar nichts geschehen. Das Ganze ist eine Hinterreppen-Jagdgeschichte, berechnet auf die Dummheit und Feigheit der deutschen Angstphilister.

Das neue französische Ministerium ist gleich Dupuy mit einer „Erklärung“ vor die Kammer getreten, und dem Inhalte nach mit der gleichen Erklärung. Es wird auch das gleiche Schicksal haben — wenn auch nicht ganz so geschwind.

Der Kampf gegen den Sozialismus. Unter diesem Titel — so schreibt man uns aus Paris unterm 1. Dezember — bringt der „Temp“ an der Spitze seines heutigen Blattes einen

Artikel, der sich mit dem vom „Vorwärts“ veröffentlichten eigenhändig geschriebenen Artikel des Grafen Guleburg beschäftigt und der, wie schon so oft, aufs neue bekräftigt, daß das Hebrard'sche Blatt die sozialistische Bewegung im Auslande viel richtiger oder vielleicht besser gefasst, viel aufrichtiger als die im eigenen Lande zu beurtheilen vermag, wo zu große Interessen sein Verständnis trüben. Nachdem nämlich eingangs des Artikels ausgeführt wird, wie in dem Umfange, daß der „Vorwärts“ schon zu verschiedenen Malen Schriftstücke veröffentlicht hat, deren Geheimnis die Regierung so sicher gehütet zu haben glaubte, allein schon ein unverkennbares Zeichen von der Macht der deutschen Sozialdemokratie liege, weist der „Temp“ auf ihre stets steigende Wahlerfolge hin, die den Sozialisten, wenn ihnen nicht eine geschickte Wahlgeometrie von vornherein einen guten Theil der ihnen verhältnismäßig zukommenden Mandate entzöge, an hundert Mandate und somit ein Uebergewicht über die Reichstagsvertretung des Zentrums geben würden. Er kommt dabei allmählich zu dem Schlusse, sich zu fragen, ob man nicht glauben müsse, daß die Fortschritte der deutschen Sozialisten eine Art historisches Verhängnis seien und daß es nur eine weltliche Gefahr für sie gäbe und diese sei: einerseits das Entstehen von Spaltungen in ihren eigenen Reihen und andererseits die durch die vorerwähnten Ereignisse des Anarchismus hervorgerufene moralische Reaktion. Denn von dem strategischen Plane, den Graf Guleburg zur Bekämpfung der Sozialdemokratie entwirft, verpricht sich der „Temp“ nicht viel, und zwar umso weniger, als er der Meinung ist, daß der Herr Graf selber kein großes Vertrauen auf seinen Plan setzt und sozusagen nur seine Pflicht als Hüter der Ordnung erfüllen wollte, da man das Geschehniß seiner Ohnmacht fast zwischen den Zeilen seines Jöklaars lesen könne. Wie dem aber auch immer sei, weist der „Temp“ darauf hin, daß die beiden Arten von Politik, die Graf Guleburg zur Bekämpfung der Sozialdemokratie empfiehlt: die Unterdrückungsmaßregeln wie die Gegenpropaganda, schon früher im Deutschen Reich angewendet worden sind, daß es da zehn Jahre Verlagerungszustand, Anwendung von Gewalt und Sozialistenverfolgung gab, und wie man sich da auch ernstlich bemühte, den Sozialisten durch allerlei staatssozialistische Gesetze den Wind aus den Segeln zu nehmen, daß aber unter beiden Regimen die Sozialdemokratie nicht zu wachsen aufgehört habe. Er bezweifelt es darum auch schließlich, daß diese schon früher versuchten Mittel, auf die nun, wenn auch unter einer milderen Form und in weniger berben Dosen zurückgekommen werden soll, diesmal von einem besseren Erfolge begleitet sein werden. — Diese Ansicht ist wohl eine ganz richtige, nur wäre es zu wünschen, daß der „Temp“ im eigenen Lande nicht das Gegentheil von dem verslange, was er, wenn es das Ausland betrifft, so richtig als vergebliches Mühen kritisiert: den Kampf gegen den Sozialismus.

Die sozialistische Fraktion der französischen Kammer hat, angesichts der durch den Sturz Dupuy's veränderten Lage, beschlossen, auf die Interpellation, betreffend den Streik in Bas de Calais, zu verzichten, dagegen die Niederlegung einer Kommission von 33 Mitgliedern zu beantragen, welche die Vorkommnisse während der letzten Streiks, das Vorgehen der Behörden gegen die Arbeitersyndikate u. s. w. zu untersuchen hat.

Die Fraktion hat sich ferner mit einer Verordnung des Präfecten des Nord-Departements beschäftigt, welcher dem sozialistischen Gemeinderath nicht gestatten will:

1. eine Gemeinde-Apothekenzu errichten, die zum Selbstkostenpreise verkauft;
2. ein Rechtsanwalts-Bureau zu gründen, wo jedermann unentgeltliche Rechtsbelehrung und Rechts-hilfe empfängt; und
3. die Vertheilung des den Armen gespendeten Brotes in deren Wohnung.

Der Präfect erklärt all diese Neuerungen für unverträglich mit dem Geiste der Gesetze — wobei er Recht haben mag — und, während ihm schon die zwei ersten Maßregeln „kommunistisch“ und „revolutionär“ erscheinen, hält er es für geradezu umstürzlerisch, daß den Armen das Brot ins Haus gebracht werden soll, statt daß sie es sich jedesmal demüthig erbetteln und persönlich abholen.

Nimmt der Präfect nicht schleunigst Veranlassung an, so wird die Angelegenheit vor die Kammer gebracht.

Vom kleinen Alexander. Das radikale Ministerium Tokitsch, das zu Gunsten des 17-jährigen Alexander den Staatsstreik ausgeführt hat, tritt wegen der lebensgefährlichen Erkrankung des Ministerpräsidenten zurück. Der kleine Alexander will jetzt ein außerparlamentarisches aus Generalen bestehendes Ministerium berufen. Die radikale Presse macht ihn auf die Folgen aufmerksam, indem sie ihn an das Schicksal des Fürsten Cusa, das heißt mit der Vertreibung aus „seinem“ Lande, erinnert.

„Anarchisten“ haben in Bulgarien wieder ihr Wesen getrieben — so lesen wir in den Blättern. Die „anarchistische That“, um welche es sich handelt, war ein Komplott zur Ermordung des Staatsoberhauptes. Hier war es nicht „Radieschenamen“, sondern bitterer Ernst. Und die ergriffenen Verschwörer haben schon bei früherer Gelegenheit bewiesen, daß sie sich aufs Geheiß verstehen und ganze Arbeit machen. Man kennt die Männer, man kennt auch die Hintermänner. Und doch redet kein Organ der Ordnungsparteien davon, die Urheber am Krage zu packen. Wie erklärt sich das? Es sehr einfach. Man müßte ja über die russische Grenze gehen und den „Hort der europäischen Ordnung“, das Ideal eines selbstherrlichen Monarchen ins Gebet nehmen, damit er die von seiner Regierung bezahlten „Anarchisten“ und Mordelken preisziebt. Und „Väterchen“ würde gegen ein so kompromittirendes und gefährliches Verhör sicher gar manches einzuwenden haben. So viel steht aber fest, unsere Anarchistengelehrer könnten vom Bar aller Reusen die besten Aufschlüsse über die „Propaganda der That“ erhalten.

Parlamentarisches.

Der Arbeitsplan des Reichstages ist bis zum Beginn der Weihnachtsferien festgestellt. Auf die ersten Beratungen jedes einzelnen Steuergesetzes werden mindestens drei Tage gerechnet. Das Stempelabgaben-Gesetz wird morgen den Reichstag eröffnen und nach dieser Voraussetzung bis zum Donnerstag einschließlich durchberathen sein, falls man den dieswöchentlichen Schwerenstag ausfallen läßt, wie es beabsichtigt ist. Am Freitag, den 8. d. M., wird die Fennarhebung wegen des katholischen Feiertags ausfallen. Am Sonnabend würde alsdann die erste Berathung des Tabaksteuer-Gesetzes beginnen und bis Mitte nächster Woche, etwa 13. d. M., währen. Den Schluß würde die erste Berathung des Weinsteuer-Gesetzes machen und den Rest der nächsten Woche ausfüllen. Sollten die ersten Beratungen der Steuergesetze weniger Zeit beanspruchen, so würde noch die zweite Berathung des Weinsteuer-Gesetzes sich anschließen, höchstwahrscheinlich aber bis in das neue Jahr vertagt werden. Der Reichstag beabsichtigt am 16. d. M. in die Weihnachtsferien zu gehen.

Der Wahlsprüfungs-Kommission des Reichstages ist diesmal die ungewöhnlich große Zahl von etwa achtzig angefochtenen Wahlen überwiesen worden. Es befinden sich darunter eine ganze Reihe solcher, bei denen die Entscheidung nur mit knapper Mehrheit erzielt wurde.

Die dritte Kommission des Reichstages für den Reichshandels-Etat besteht aus folgenden Abgeordneten: von Kar-dorf, Vorsitzender; Frigen, Stellvertreter des Vorsitzenden; Brinz von Arenberg, von Leipzig, von Reibnitz, Siegle, Schriftführer; Bebel, Ebn, Dr. Enneccerus, Dr. von Frege, Gröber (Württemberg), Freiherr von Güttingen, Dr. Hammacher, Graf von Hompesch, Dr. von Jandzowski, Graf zu Eimburg-Strum, Dr. Lingens, Meister, Möller (Dortmund), Dr. Müller (Sagan), Pingen, von Poddieski, Richter, Dr. Schaedler, Singer, von Staudy, Wenders, Zimmermann.

VI. Kommission. Handelsverträge. Die Beschleppungstaktik der Agrarier setzt nunmehr bei dem rumänischen Vertrag mit voller Kraft ein. Erst trägt Herr von Hammerstein, der für einen anderen Konventionen in die Kommission eingetreten ist, ob die gegen Deutschland von Rumänien vertragsmäßig herabgesetzten Zollsätze etwa in nächster Zeit in den rumänischen General-Zolltarif aufgenommen und dann ohne jede Gegenkonzeption allen anderen Staaten zufließen würden, so daß wir dann allein Konzeptionen gemacht und mit diesen Konzeptionen geradezu anderen Regierungen die Kastanien aus dem Feuer geholt hätten. Die Quertreiber ist ohne allen Grund, da — selbst die Aufnahme der Vertragsfälle in den Generaltarif vorausgesetzt — Rumänien ohne Gegenkonzeptionen andere Staaten immer noch mit Kampfschlägen treffen kann: es hat seine Weisbegünstigungs-Verträge nur auf je ein Jahr abgeschlossen, und mit Oesterreich-Ungarn, unserem Hauptkonkurrenten, ist es überhaupt noch zu keinem Weisbegünstigungsvertrage gekommen. Rumänien aber etwa die Verpflichtung auferlegen, andere Einfuhrstaaten differential und günstig zu behandeln, widerstreitet aller europäischen Tradition — nur die Vereinigten Staaten haben das neuerdings gegen Cuba und Brasilien versucht. — Dann kommt Graf Kaniz wieder mit dem alten Bedenken, ob U n g a r n durch seine Eisenbahntarif-Politik nicht alle Einfuhrerleichterungen, die uns aus dem Handelsvertrage mit Rumänien erwachsen, wieder illusorisch machen kann, indem es die ungarischen Produkte billiger an die rumänische Grenze bringt wie deutsche — was auch trotz des § 15 des deutsch-österreichischen Handelsvertrages doch immer möglich sei. Schließlich erinnern sich die Herren aber doch immer wieder zur rechten Zeit, daß gerade Preußen-Deutschland in billigen Eisenbahn-Exporttarifen groß ist und daß, wenn die Vertragsstaaten auf solche thalassische (nicht formelle) Ausnahmetarife g e g e n s e i t i g verzichten wollten, unsere Exporteure dann in Deutschland auf den weiten Transitportalfreien mehr verlieren wie etwa in Ungarn auf den relativ kürzeren Strecken gewinnen würden. Schließlich hat die Sache ja auch garrichts mit dem rumänischen Vertrage zu thun und der deutsch-österreichische steht nun einmal schon seit zwei Jahren in Kraft und alles Reden in der Kommission kann das nicht ändern. So geht die Diskussion herüber und hinüber, gelegentlich spitzt sie sich auch persönlich zu. So tritt Herr v. Staudy einmal dem preussischen Handelsminister gewaltig auf die Nerven, entschuldigend sich aber nach einer energischen Abwehr des Handelsministers etwas kleinlaut damit, er habe nicht unangenehm berühren wollen — womit sich Herr v. Staudy zufriedenstellt erklärt unter der Beifügung, Herr v. Staudy solle seinen Willen dann in Zukunft etwas geschickter zur Ausführung bringen. Dann fängt wieder ein allgemeines Gerede darüber an, wie weit man auf die Meinungsäußerungen der Interessenten Werth legen könne, ob man diese Meinungsäußerungen in richtiger Weise extrahirt habe u. s. f. u. s. f. Herr v. Hammerstein erklärt, er fürchte einen Zollkrieg mit Rumänien nicht und beruft sich dabei auf die Erfahrungen Oesterreichs mit Rumänien. In Oesterreich denkt man darüber freilich anders. Endlich werden die Artikel des Vertrags der Reihe nach durchgenommen. Bei Artikel 7 kommt die Wirkung der Jollerhöhung für rumänisches Getreide auf den Getreidepreis in Deutschland zur Erörterung. Freiherr v. Marschall meint, nach unseren Verträgen mit Oesterreich und den folgenden notwendigen Zugeständnissen an die Weisbegünstigungsländer, insbesondere an die Vereinigten Staaten, komme doch nur weisbegünstigtes Getreide nach Deutschland und bestimme hier den Getreidepreis; seit Rußland nicht mehr liefern könne, liefern die Vereinigten Staaten oder Argentinien oder Rumänien (unter dem Zollprovisorium), aber immer nur weisbegünstigte Länder. Die Gewährung der Weisbegünstigung an Rumänien ist also wohl für dieses Land werthvoll, nicht aber für den Getreidepreis, den unsere Landwirthe erhalten, von Bedeutung. Das fordert wieder die Herren v. Hammerstein und v. Staudy zu den denkbar unglücklichsten Gegenbemerkungen heraus. Herr Professor Paasche wird auch seine berühmte Erklärung aus der Wahlzeit seitens der Bauernbündler nicht geschenkt; aus seiner Vertheidigung erfährt man, daß ihn am Sonntag die „Agenten“ des Bundes in Weimingen sogar zur Mandatsniederlegung zu zwingen suchten; aber völlig gegen den Mund war er nur vor den Wahlen und der Gewalt weicht er erst recht nicht.

Um 2 Uhr: Vertagung. Nächste Sitzung Dienstag früh.

Parteinachrichten.

Der verantwortliche Redakteur Genosse Fischer von der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ ist durch Strafbefehl wegen groben Unfugs mit einer Haftstrafe von 14 Tagen bestraft worden. Diese Strafe wurde ihm zuerkannt, weil er angeblich durch Abdruck einer Sonntagspolizei, in welcher das 50-jährige Militär-dienst-Jubiläum des Königs Albert von Sachsen „in höchst mißliebiger Weise besprochen und in das Lächerliche gezogen“ worden sein soll, öffentliches Vergehen begangen hat. Das ursprünglich wegen Majestätsbeleidigung eingeleitete Verfahren hatte nicht zum Ziele geführt.

Todtenliste der Partei. Genosse Niehoff, Hannover, ist infolge einer Lungenentzündung im städtischen Krankenhaus zu Linden gestorben. Dem Verstorbenen, in der Blüthe seiner Jahre stehend, wird durch sein unerwartliches Eintreten für die gerechte Sache des Proletariats bei den dortigen Genossen ein bleibendes Andenken bewahrt bleiben.

Aus dem „Königreich Sium“ wird uns folgendes geschrieben:

Mit welchen Mitteln die wohlthätige Polizei in unserem kleinen „Königreich“ die Sozialdemokratie bekämpfen will, zeigen nachstehende drastische Vorfälle: In der Hauptstadt des genannten „Königreichs“, dem rauchgeschwärtzten K e u n l i c h e n, allwo das Argusauge des Schatzkammers Stamm mit „besonderer Fürsorge“ über die arbeitende Bevölkerung wacht, finden sich allabendlich einige Genossen zu zwangsloser Unterhaltung zusammen. Ein öffentliches Lokal ist es freilich nicht, wo die Genossen nach des Tages Last und Mühe sich zusammenfinden, sondern die Privatwohnung eines pens. Bergmannes, der ein Flaschenbiergeschäft betreibt, um sich und seine Familie redlich durchzuschlagen. Vor einigen Tagen nun erlaubte sich die Polizei, Abends an der Wohnung unseres Genossen zu spioniren, um auszukundschaften, ob hier gegen das Gesetz gehandelt wird. Einige Tage später brachte ein Polizist unserm Genossen ein Schriftstück zur Unterschrift; bei dieser Gelegenheit konnte der letztere es nicht unterlassen, dem Hüter des Gesetzes gehörig den Takt zu lesen, ohne dabei beleidigend zu werden, und sich das fernere Spioniren ganz energisch zu verbieten. Die Folge davon war, daß der

Polizist gegen den Genossen Anzeige wegen Beleidigung machte und ihm dabei Worte in den Mund legte, die durchaus nicht gefallen sind. Zwei Tage später erhielt unser Genosse eine Verladung auf's Polizeikommissariat, allwo ihm eröffnet wurde, daß gegen ihn Anzeige wegen Beamtenebeleidigung und Gewerbesteuer-Kontravention gemacht sei, letztere deshalb, weil er Wirthschafts-ohne-Konzeption betreibt. Bei der Vernehmung gestand unser Genosse unumwunden ein, daß an dem fraglichen Tage bei ihm Bier aus Gläsern getrunken worden sei, jedoch ohne Entgelt, da gerade ein Faß abgefüllt wurde und es bei ihm üblich sei, den gerade Anwesenden die letzten 2-3 Liter aus dem Faße gratis zu verabreichen. Bei dieser Gelegenheit machte der Kommissar die Bemerkung, unser Genosse dürfe sich nicht wundern, wenn er (der Kommissar) mit zwei Polizisten erscheine und ihm Tische und Gläser wegnehmen würde (Anmerk. des Korrespondenten: Genosse hat im Ganzen nur 4-5 Gläser zum Familiengebrauch im Hause), worauf ihm erwidert wurde, daß in diesem Falle um Hausrecht der ausgiebigste Gebrauch gemacht werde. Wir dürfen auf den Ausgang dieser Sache gespannt sein.

Am verflorenen Mittwoch Abend hatte nun ein eifriger Genosse von auswärts sein Erscheinen in der Wohnung unseres Genossen zugesagt. Von irgend einer Seite wurde nun das Gerücht verbreitet, Bebel und Liebknecht würden an diesem Abend erscheinen; auch der „Wohldöblichen“ ist dieses Gerücht zu Ohren gekommen. Was man nicht für möglich halten sollte, ist hier zur Thatsache geworden: die Polizei ist auf den Heim gegangen und stellte Abends zwei Gendarmen in der StraÙe, in welcher unser Genosse wohnt, auf, um eine eventuelle stattfindende Versammlung zu hintertreiben. Der heiligen Hermandat scheint die Zeit doch recht lange geworden zu sein, denn nach einstündigem Aufenthalt zogen die Herren mit ihren Blüchlein ab, ohne etwas gesicht zu haben. — Hierzu bemerkt unser Korrespondent: So geht's in unserem „Königreich“ zu! Aber dessen ungeachtet stehen wir selbstest zu unserer Fahne, die uns einer neuen sorgenfreieren Zukunft entgegenführt. Wenn wir auch hier noch ein kleines Häuflein sind, so hegen wir doch die feste Ueberzeugung, daß in nicht zu ferner Zeit auch bei uns die Wahrheit sich siegreich Bahn brechen wird, trotz aller Verfolgung, trotz allen Warnungen, denn die Zukunft gehört uns!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Von Greifswald wird uns folgendes Polizeistücklein mitgetheilt: Auch bei uns in Greifswald sind natürlich am Vortage die Sozialdemokraten pflichtschuldigst von den Ranzeln herunter todgeschlagen worden, wobei sich besonders ein Pastor hervorthat, der neben vielen andern Ungehorsamkeiten auch zum hundertsten Male wieder das alte Märchen vom „Theilen“ aufschwärmte und auf die grenzenlose „Begehrlichkeit“ der Arbeiter schimpfte. Doch scheint diese Art der Sozialistenhölerei den bisherigen Ordnungsbrüdern nicht zu genügen. Kommt man eben mit den physischen sparen? Alle Lokale in der ganzen Stadt hatte uns die wohlthätige Polizei glücklich abgetrieben; so hatten wir denn froh sein müssen, daß wir ein ganz kleines Lokal weit draußen auf der Chaussee erhielten. Doch auch dies noch war den Wächtern nach Recht und Ordnung ein Dorn im Auge, und so wurde denn verplüßlich, ohne jede Begründung für dies Lokal die Polizeistunde auf 11 Uhr heruntergesetzt. Auf die Eingabe des Wirthes, in der er um Angabe des Grundes bat, erfolgte 8 Tage lang keine Antwort. Endlich wurde er aufs Rathhaus beschieden, wo ihm der Polizeikommissarius ein Schriftstück vorlas, in dem als Grund für die Polizeistunde — man höre und staune — folgendes angegeben war:

„Da in dem betreffenden Lokale zum größten Theil Arbeiter verkehren, so muß das Lokal um 11 Uhr geschlossen werden, da sonst die Arbeiter Morgens zu ziffige Finger zum Arbeiten haben würden!“

(Warum dann wohl die anderen Lokale, in denen leider noch immer Arbeiter verkehren, nicht Polizeistunde bekommen?)

Als weiterer „Grund“ wurde dem Wirth vorgelesen, daß vor nun fast zwei Jahren einmal — in Abwesenheit, ohne Wissen und Willen des Wirthes — von einem fremden Schlächtergesellen auf dem zum Lokale gehörigen Grundstück — ein Hammel geschlachtet wurde!

Der Wirth bat, man möge ihm doch das merkwürdige Schriftstück mitgeben; da erklärte der Kommissarius, daß der Polizeidirektor ausdrücklich verboten habe, ihm das Schriftstück mit nach Hause oder auch nur in die Hand zu geben! Sapienti sat!

— Genosse Knösel, früherer Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, wurde wegen Beleidigung eines Blumenfabrikanten zu 100 Mark, wegen Beleidigung eines Freiburger Schutzmanns zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt.

Erklärung!

Ein Artikel, überschrieben: „Sozialdemokratisch-Spitzelisches“, den der „Sozialist“ in seiner letzten Nummer veröffentlicht, beschäftigt sich in der Hauptsache mit dem kürzlich erfolgten Abgange des ehemaligen Metteurs M. vom „Vorwärts“.

Es wird behauptet, daß der Metteur M. Polizeispitzel gewesen sei und daß Herr Wilhelm Berner mich von dieser Thatsache in Kenntniß gesetzt habe.

Die Behauptung, daß Herr Wilhelm Berner mir eine den Metteur M. vom „Vorwärts“ als Polizeispitzel kennzeichnende Mittheilung gemacht hat, ist un w a h r.

Und angenommen, Herr Berner habe nicht gelogen, warum sollte er die Berliner Genossen nicht von meiner Pflichtvergeßlichkeit in Kenntniß, um das im Interesse der Partei Wohlwendige zu veranlassen?

Wachtet man, daß unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes Herr Wilhelm Berner selbst bei den Berliner Genossen längere Zeit unter dem Verdacht stand, mit Spitzeln verkehrt zu haben, so läßt sein Verhalten in Sachen des abgegangenen Metteurs M. tief blicken.

Berlin, 2. Dezember 1893.

W. Bebel.

Im Anschluß an obige Erklärung theilen wir mit, daß wir in einer Rücksprache mit den in dem Artikel des „Sozialist“ angedeuteten, in unserer Offizin beschäftigten Sehern folgendes festgestellt haben.

1. Die Gerüchte, welche in Kollegenkreisen über M. verbreitet und der Redaktion wie dem Verlag bekannt waren, konnten trotz eifriger Nachforschung niemals bewiesen werden.
2. In wiederholten Malen ist die Thatsache festgestellt worden, daß M. ein „Jehnsopelensstück“ bei sich trug, welches er in Freundeskreisen scherzend eine Polizeimarkte ausgab.
3. Herr Wilhelm Berner hat in einer Unterhaltung, welche er vor einigen Wochen mit einem unserer Seher hatte, erklärt, daß er (Berner) glaube, daß der „Vorwärts“ den Metteur M. nur deshalb nicht als Spitzel entlassen lassen wolle, weil damit zugleich die Glaubwürdigkeit der „Eisernen Maske“ vernichtet würde.

Das erklärt alles.

Redaktion und Verlag des „Vorwärts“.

Briefkasten der Redaktion.

M. u. J. W. Allerdings ist es üblich, auch bei Verlegung eines Geschäftslotals einen sog. Richtschmaus zu geben; ein klagbares Recht hierauf steht aber den Angestellten durchaus nicht zu.

Mr. Karell. Ja.

J. P. 18. 1. Ja. 2. Das ergibt sich aus dem betreffenden Statut.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 5. Dezember. Opernhaus. Die Zauberflöte. Schauspielhaus. Dasantafena. Deutsches Theater. Doktor Klaus. Berliner Theater. Julius Caesar. Festsing-Theater. Mein neuer Hut. Das Spiel mit dem Feuer. Nach dem Valle. Ein schlimmer Handel. Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Die schöne Helena. Residenz-Theater. Die Dragoner. Neues Theater. Jugend. Central-Theater. Die eiserne Jungfrau. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Viktorin-Theater. Die sieben Raben. Alexanderplatz-Theater. Die Ehebrecherin. National-Theater. Der Schlosser. Theater Unter den Linden. Der Mitado. American-Theater. Die Trodenwöhner oder das Kind in der Kommode. Die Gründung Roms in der Mäckernstraße. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 80. Zum 26. Male: Die eiserne Jungfrau. 1. Parquet 1 M. 2. Parquet 70 Pf. Parquet Haut. 1,25 M. 1. Rang 1 M. 1. Rang Speersitz 80, 60 und 40 Pf. Loge 2 M. und 1,50 M. Stehplatz 50 Pf. Morgen: Die eiserne Jungfrau.

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazi. Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung.

American-Theater.

!! Auf vielseitigen Wunsch !! Die Trockenwohner oder: Das Kind in der Kommode. !! Neue Aufführung !! !! Nur 10 Vorstellungen !! neben dem stürmisch belächelten Uffstück: Die Gründung Roms in der Mäckernstraße. Njstr. sämtl. Spezialitäten. Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192. Novität! Novität! Der Schlosser. Soziales Lebensbild in 5 Aufzügen von Franz Gottscheid. Regie: Rohde Ebeling. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Alt. u. größt. Etablissement. Neues Programm. Täglich von 6 1/2 Uhr ab: Concert d. ungarisch. Magnaten-Kapelle und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges. Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf. reserviert 30 Pf. Anf. Sonntags 8 Uhr. Entree 30 Pf. reserviert 50 Pf. Anerkannt gute Küche. Säle für Festlichkeiten u. Versammlungen. 8 Regelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Spieler zahlen kein Entree. Carl Koch. Parteigenossen empfehle mein Bier-Lokal und Destillation. S. Siejak, Blumenstr. 3, 29245 Ecke Wallnertheaterstr.

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz. Täglich: Grosse Spezialitäten - Vorstellung von nur Künstlern I. Ranges: Bernhard Leitner, Athlet und Preisreinger. Kraftproduktion m. 2 Pferden. Familie Ueberle, Parterre-Gymnastiker. Gebr. Palmer, Gymnast. Jahaproduktion. Signorina Kathi, Drahtseilkünstlerin. Fr. Möller, Schlangendame. Fr. Torci Kör, Ungarische Sängerin und Tänzerin. Georg Cordes, Gesangshumorist. Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Entree: Sonntags 75 Pf. Wochentags 50 Pf. A. Zimmermann.

Böhmisches Brauhaus,

Landsberger Allee. Dienstag, den 5. Dezember: Letzte Soiree der Stettiner Sänger vor Weihnachten. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate). Urfomijhes Programm. Donnerstag: Soiree in Sanssouci.

Castan's Panopticum.

Dhne Extra-Entree. Die 17jährige Siamesin „Krao“ der Uebergang vom Affen zum Menschen.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 Annonstr. 42/43. Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Francis Era am asiatisch. Lustapparat. Arthur Valleno, der fünfjährige Wunderknabe. Im vierten Stok. Charakterbild in 1 Akt. Entree: Wochentags 15 Pf. R. Winkler.

Passage-Panopticum.

50 Pf. incl. Theater.

Circus Renz.

(Karlstraße.) Dienstag, den 5. Dezember 1893, Abends 7 1/2 Uhr: Gr. brillante Vorstellung. 6 Rappen und Karoussel von 30 Pferden, vorgef. von Herrn R. Renz. Die Springsperde Parthenia u. Parla, geritten von Fr. Oceana Renz und Frau Renz-Stark. Prinz, geritten von Herrn R. Renz. Die grossen Tromplinsprünge mit Brillant-Feuerwerk. Die Reitkünstlerinnen Geschw. Hoffmann. Der unachatabare Clown imitator Mr. Ybbs u. Zum Schluss: Guldigungsgruß an Berlin. Gr. Parade-Schauflad v. Dir. Fr. Renz, mit Aufzügen, Festspielen, Solo- und Ensemble-Tänzen von 80 Damen. Preise wie gewöhnlich. Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse und beim Invalidendank, Karlstrassenstr. 61a. Mittwoch: Große Vorstellung. Fr. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann,

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse. Dienstag, den 5. Dezember 1893, Abends 7 1/2 Uhr: Gr. brillante Vorstellung. Besonders hervorzuheben: Damen-Hardiorace, geritten von 14 Damen mit engl. Halb- und Vollblutpferden. Mr. Ricobono, Jockey. Die Schulpferde „Albert“ und „Brillant“, geritten von Fr. Adels und Herrn Max Schumann. Lustpotpourri der Geschw. Leousson. Clown William Olschanski mit seinen dreifürten Matten und Kagen. Mr. Leousson, als Saltomortal-Heiter. Miss Margerithe, Reitkünstlerin. Promenade des fleurs. Paul u. William, musikalische Clowns u. Preise der Plätze: Logen 5 M., Speersitz und Tribüne 2 M., 1. Platz 1 M., 2. Platz 75 Pf., Gallerie 40 Pf. Hochachtungsvoll und ergebent G. Schumann, Direktor.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausschank von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel. An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerje, Festlichkeiten u.

Präuser's MUSEUM

anatomisches Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße. Viel Neues, darunter der Schuplanal der fünf Körper gehebend durch deutschen Militärs, Geöffnet von früh 9-10 Uhr Abends für erwachsene Herren. Dienstag u. Freitag: Damentag. Entree 50 Pfg.

Verloren! Am Freitag Abend find auf dem Wege von der Straußbergerstraße 5 bis zur Centralmarkthalle und zurück von einem armen Handelsmann (Familienvater) 155 Mark verloren worden. Der edelbedenkende Finder wird gebeten, da die Familie sämtlicher Mittel entblößt ist, selbige Straußbergerstraße 5 bei Krieger abzugeben.

Soeben erschienen und durch die „Volksbuchhandlung“ (G. Heinisch) in Leipzig zu beziehen: Friede auf Erden oder Die Ausweisung am Weihnachtsabend. Soziales Bild in zwei Aufzügen von Rich. Lipinski. Preis eleg. brosch 40 Pf., Porto 3 Pf. Zur Aufführung 5196L sind sieben Exemplare nötig. Das Stück eignet sich vorzüglich zur Aufführung am Weihnachtstage oder zur Weihnachtsfeier von Vereinen.

Der Arbeitsnachweis

der Musikinstrumenten-Arbeiter befindet sich Baumstr. 78 bei Rohr. Die Adressen-Ausgabe findet alle Abende von 8-9 1/2 Uhr, Sonntag Vormittags von 10-11 1/2 Uhr, an Mitglieder sowie an Nichtmitglieder unentgeltlich statt. NB. Die arbeitslosen Kollegen werden ersucht, sich auf dem Arbeitsnachweis zu melden, da Adressen vorhanden, aber keine Arbeiter.

Vereinsbureau

der Fr. Vereinigung der Bureau-Angestellten, Dragonerstraße 49 a. Schriftliche Arbeiten, franz. und engl. Uebersetz. u. Korrespondenz, Rath in Rechtsachen und Stellennachweis unentgeltlich. 466/1

Broschen-Verein Lädt gieshen.

Mittwoch, den 6. Dezember 1893: Große außerordentliche General-Versammlung. Sämtliche Mitglieder werden ersucht, Abends 8 Uhr bei Herrn G. Praeger, Gräsestr. 18, zu erscheinen. Tagesordnung: 1. Abrechnung von November. 2. Besprechung über den am 6. Januar 1894 stattfindenden Maskenball. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Zwei Vereinszimmer, 40-20 Personen,

sind noch für einige Tage der Woche zu haben mit Instrument. S. Reimann, Alte Schönhauserstr. 42. 4985

Tempel's Bierhaus

Langestraße 65. 5147L. Gr. Vereinszimmer mehrere Tage frei.

Louisenstädt. Klubhaus,

Annenstraße 16. Saal zu Versammlungen und Vergnügen sowie Vereinszimmer empfehlt 1840L L. Ehrenberg.

Rosenthaler Clubhaus

11/12 Rosenthalerstraße 11/12 2 Säle (Bühne) bis 500 Personen fass. zu Versammlungen und Festlichkeiten. Amt III 2866. 554b W. Bräutig.

Ausverkauf

wegen Aufgabe des Geschäfts. Made ergebenst auf meinen reellen Ausverkauf nur selbstgefertigter Schuhwaren aufmerksam, und bitte das geehrte Publikum bei Bedarf um gütigen Zuspruch. 5272L Franz Schulte, Schuhmachermeister, Alte Jakobstraße 48 a.

Christbaum-Konfekt.

Reizende Neuheiten, nur genießbare Waare, 1 Kiste Inhalt ca. 400 Stück 2,50 M., 1 Kiste Inhalt ca. 270 große Stücke 3 M. 62/9 Brod. Berlin O, Wahnmannstr. 37.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Berksammlung Dienstag, den 5. Dezember, im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Meist über: Die neuen Steuervorlagen. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Große öffentliche Volks-Versammlung

Mittwoch, den 6. Dezember, Abends 8 Uhr, im großen Saale der Fockbrauerei. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Kottig: 1. Die Schädlichkeit der Konsumvereine für das Publikum und den ehrlichen Gewerbestand; 2. über: Beamten- und Offizier-Konsumvereine. Der Einberufer. Carl Lotter (im Einverständnis mit dem Vertrauensmann).

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 5. Dezember cr., Abends 8 1/2 Uhr, in den Konkordia-Festsälen, Andreasstr. 61: Berksammlung. Tagesordnung: Eine Beleuchtung der politischen Zustände in Elsaß-Lothringen. Ref.: Reichstags-Abgeordneter F. Buch. 2. Diskussion. 3. Wahl der Revisoren. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Jeder Parteigenosse hat Zutritt. Neue Mitglieder werden in der Berksammlung aufgenommen; Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Gäste willkommen. Die Berksammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand. 377/15

Deutscher Holzarbeiter-Verein.

Zahlstelle Berlin. Mittwoch, den 6. Dezember, Abds. 8 1/2 Uhr, im Colberger Salon, Colbergerstr. 23: Branchen-Versammlung der Modelltischler. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Th. Glocks. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zu dieser Berksammlung sind alle Modelltischler freundlichst eingeladen. Die nächste Vertrauensmänner-Versammlung für den Westen findet am Mittwoch, den 6. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, bei Mann u. Culmstr. 36, statt. Um rege Betheiligung ersucht Die Ortsverwaltung. 491/11

Geschäftsdiener, Pader!

Mittwoch, den 6. Dezember, Abends 9 Uhr, in Gründer's Festsälen, Köpnickstr. 100: Grosse Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ferd. Buch (Mühlhausen i. C.). 2. Diskussion. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. Jeder Hausdiener od. Fernvergenosse ist eingeladen. Gäste gern gesehen. Der Vorstand des Verbandes der Geschäftsdiener, Packer u. Berufsg. Bureau und Arbeitsnachweis: C. Neue Grudstr. 10 L. Fernspr.: Amt I Nr. 810. 171/18

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend.

Vereins-Versammlung Mittwoch, den 6. Dezember, Abends 8 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20. 1. Vortrag des Herrn Dr. Boymann über: Die Nervenschwäche des Menschen und die moderne Wirtschaftsordnung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden gebeten, die nicht verkauften Billets vom Stiftungsfest abzuliefern, da Abrechnung erfolgen muß, auch können die Mitglieder von der Bibliothek Gebrauch machen. Der Vorstand. 412/19

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Mittwoch den 6. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ulrich, Waldemarstr. 75: Branchen-Versammlung der Metallschrauben-Fagondreher u. Berufsgenossen. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Mattutat über: „Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Um zahlreiches und speziel pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand. 231b

Gauverein Berliner Bildhauer.

Dienstag, den 5. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ehrenberg, Annen-Strasse Nr. 16: Berksammlung. Tagesordnung: Geschäftliches. - Aenderung in der Verwaltung der Stellenvermittlung. - Berathung der Anträge zum Reglement der Stellenvermittlung. - Holz-bildhauer-Abend. - Verschiedenes. Da die Anträge zum Reglement für Stellenvermittlung für die Kollegen von ganz besonderer Bedeutung sind, so liegt es im Interesse aller Mitglieder (jeder Branche), vorzüglich der, die Stellenvermittlung öfter Benutzenden, zahlreich am Platze zu sein. Zu dem am 27. Dezember (3. Weihnachtstfeiertag), in Schmiedel's Festsälen, Alte Jakobstraße, stattfindenden Weihnachtstfest sind Billets à 30 Pf. bei den Kollegen Otto Meyer, Streifherstr. 28; Karl Stöcker, Waldemarstr. 65 II und im Vereinslokal, Annenstr. 16, zu haben. 147/16

Sünl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnfleisch beseitigt, Schmerzlos, loses Zahnziehen. Zahnabnahme. Goldstein, Oranienstr. 129.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

12. Sitzung vom 4. Dezember 1893. 2 Uhr.
Am Tische des Bundesrats: von Bötticher, von Heyden.

Eingegangen sind die Uebersicht der Ergebnisse des Heeres-ergänzungs-Geschäfts und ein Uebereinkommen mit der Schweiz, betr. den Patent-, Marken- und Musterrecht.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Gesetzes betr. die Aenderung über den Unterstufungswohnstift und die Ergänzung des Strafgesetzbuches.

Abg. Greif (Z.) weist darauf hin, daß diese Vorlage bereits früher einer Kommission überwiesen ist, welche darüber einen ausführlichen Bericht erstattet hat; Nebner bespricht kurz die einzelnen Aenderungen, welche die Kommission vorgenommen habe, und weist darauf hin, daß die Vorlage sie meist berücksichtigt habe. Er beantragt, die Vorlage wiederum einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Brühne (Soz.): Die sozialpolitische Gesetzgebung hat nicht in dem erwarteten Maße die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllt. Die Verwaltungskosten sind besonders bei der Unfallversicherung sehr groß. Nach der amtlichen Statistik wurden im Jahre 1891 circa 26 026 000 M. als Entschädigung an die von Unfällen betroffenen Arbeiter gezahlt, die Verwaltungskosten betragen ca. 5 833 000 M. Das weist dringend auf die Verbesserung des berufsständischen Apparates hin, welche die Reichsregierung bereits im vorigen Jahre versprochen hat, indem sie die Zulage machte, sich mit einer Aenderung des Berufsständischen Gesetzes befassen zu lassen. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1887 gab es in diesem einen Jahre 1 592 086 Personen, die gezwungen waren, die öffentliche Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Es wurden an sie ausbezahlt circa 92 525 000 Mark. Wer mit der Armenpflege zu thun hat, weiß, daß in dieser Beziehung niemals zu viel gezahlt wird, sondern meist zu wenig. Man kann auch sehr oft die Erfahrung machen, daß in vielen Fällen neben dem Arbeitslohn noch Armenunterstützung gezahlt werden muß. So wandte sich der Inhaber eines großen kaufmännischen Geschäftes in Frankfurt a. M. an den Vorsitzenden der Armenkommission mit der Bitte, seinem Anläufer eine Armenunterstützung zu gewähren. Derselbe habe Familie, sechs kleine Kinder, und nur 16 M. Wochenlohn, womit er unmöglich auskommen könne. Diese Unverschämtheit ist in der That zu bewundern. Solche Fälle, welche durchaus nicht so vereinzelt vorkommen, müssen unmöglich gemacht werden. Mit dem Unterstufungswohnstift-Gesetz hat man sich im Reichstage schon mehrere Male beschäftigt, so 1886 aus Anlaß einer Petition, welche verlangte, daß das Unterstufungswohnstift-Gesetz, wie es heute in Norddeutschland besteht, auch auf Elsaß-Lothringen und Bayern ausgedehnt werde. Die eifrigsten Abgeordneten sprachen sich damals gegen diese Ausdehnung aus, weil die ganze Armenpflege in Elsaß-Lothringen durch Wohltätigkeitsvereine in befriedigender Weise geregelt und kein Bedürfnis vorhanden sei, das Gesetz auf Elsaß-Lothringen auszudehnen. Ich weiß nicht, ob die Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen noch dieselbe Meinung haben, denn die dortigen Verhältnisse sind in sozialer Beziehung betrübend genug. Dieselben ungünstigen Verhältnisse haben wir auch in Bayern. In Bayern muß man erst das sogenannte Bürgergeld zahlen, ehe man heimatlicherechtigt ist, und es dauert oft 5-6 Monate, ehe man das Geld erschwingen kann. Deshalb muß dieses Gesetz auch auf Bayern und Elsaß-Lothringen ausgedehnt werden. Durch die Vorlage wird ja eine bedeutende Verringerung geschaffen, da jeder vom 18. Lebensjahre ab Unterstufungswohnstift haben soll. Bedenklich ist und der in der Vorlage enthaltene Zusatz zu § 361 des Strafgesetzbuches, wonach jeder, der sich der Unterhaltspflicht seiner Angehörigen entzieht und dadurch die öffentliche Unterstützung nötig macht, ohne weiteres strafbar sein soll. Hier muß jedenfalls eine bestimmte Grenze gezogen werden. Prinzipiell sind wir der Ansicht, daß die Lasten der Armenpflege auf das Reich zu übernehmen sind. In der Kommission werden wir unsere Grundsätze in dieser Sache vertreten.

Abg. Omann (Ntl.) schließt sich der letzteren Anregung an, weil die jetzigen Verhältnisse nicht mehr erträglich seien, da jeder Unterstufungswohnstiftbedürftige von Elsaß-Lothringen schleunigst abgeschoben und seinem Schicksal überlassen werde. Auf die einzelnen Fragen wollte man wohl am besten in der Kommission eingehen.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Wunsch, daß das Gesetz auch auf Elsaß-Lothringen ausgedehnt werde, wird von verschiedenen Seiten getheilt, auch von den verbündeten Regierungen. Prinzipielle Bedenken stehen dieser Ausdehnung nicht entgegen, aber die Regierung der Reichsländer wünschte diesen Schritt erst

nach Erledigung der Verwaltungs-Organisation und der Steuer-gesetzgebung gethan zu sehen. Was die Ausdehnung auf Bayern anlangt, so kommen hier die prinzipiellen Gegensätze zum Ausdruck. Da Bayern im Besitze eines Reservatrechts ist und also ein entscheidendes Wort mitzusprechen hat, kann ich nicht in Aussicht stellen, daß in Bälde das Gesetz auf Bayern ausgedehnt wird. Daß die Heimatgemeinde einen Unterstufungswohnstift übernimmt, ist nicht bloß bayerische Gesetzgebung, sondern kommt auch im Geltungsbereich des Unterstufungswohnstiftes vor; eine solche Bestimmung liegt im Interesse der Gemeinde, welche die Unterstufung zu zahlen hat; eine Landgemeinde kommt besser weg, wenn sie selbst die Armenversorgung übernimmt, als wenn sie einer Stadt die hohen Unterstufungsgelder vergütet. Daß derjenige, der zum Unterhalt seiner Angehörigen im Stande ist, auch dazu angehalten wird, sollte selbst bei der Sozialdemokratie keinen Widerstand finden.

Abg. v. Hollnauer (Ntl.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage, welche die marantesten Schäden beseitigt. Eine grundsätzliche Aenderung des Unterstufungswohnstift-Gesetzes werde von seiner Seite jetzt gewünscht. Die Vorlage will die Erwerbung des Unterstufungswohnstift-Gesetzes mit dem vollendeten 18. Lebensjahre beginnen; den wirklichen Verhältnissen entsprechend würde es sein, wenn man dafür das 16. Lebensjahr setzte (Zustimmung rechts), denn die wirtschaftliche Selbständigkeit beginne eigentlich schon mit der Konfirmation.

Abg. Dr. Böckel (Ntl.) spricht die Zustimmung seiner Freunde zur Vorlage aus. Auf die Wirksamkeit der Arbeiter-versicherung lege ich keinen so großen Werth, wie die Regierung; sie erfüllt durchaus nicht ihre Aufgabe, weil sie viel zu sehr bürokratisch gehandhabt wird. Meine Freunde sind der Meinung, daß mit den liberalen Traditionen endgiltig gebrochen werden muß, namentlich mit der Freizügigkeit. Die Arbeiter in den Städten schreiben nach Arbeit, die Arbeitgeber auf dem Lande schreiben nach Arbeit. Diese Zustände können nicht erhalten werden; es muß an die Stelle der schrankenlosen wirtschaftlichen Freiheit die wirtschaftliche Ordnung gesetzt werden.

Abg. Gamp (Ntl.) hofft, daß das Gesetz baldigst mit großer Mehrheit zur Annahme gelangen wird; er wünscht, daß die von der Kommission beschlossene Bestimmung, wonach nach vollendetem 60. Lebensjahre ein neuer Unterstufungswohnstift nicht mehr erworben werden kann, wieder aufgenommen wird, weil dadurch den ländlichen Gemeinden eine große Wohlthat erwiesen wird.

Staatssekretär v. Bötticher: Dieser Wunsch des Vorredners wird doch nicht überall in den ländlichen Kreisen getheilt werden. Wann hört die Arbeitsfähigkeit auf? Dieser Zeitpunkt tritt zu sehr verschiedenen Zeiten ein. Man müßte einen Unterschied machen zwischen ländlichen und Fabrikarbeitern; die ersteren behalten ihre Arbeitskraft viel länger als die letzteren. Man würde durch die Festsetzung einer solchen Grenze das Abschleppen der dieser Grenze sich nähernden Personen befördern; gerade die Arbeiter aus den Städten würden auf das Land abgeschoben werden, sobald sie alt und arbeitsunfähig werden.

Abg. Schröder (Ntl. Vg.): Alle Parteien des Hauses sind darüber einverstanden, daß die Vorlage nur die greifbarsten Mißstände beseitigen soll.

Abg. v. Marquardsen (Ntl.) Ich bedauere, daß der frühere waders Vertheiler der bayerischen Reservatrechte, Herr v. Pletten nicht mehr dem Reichstage angehört; dieses Reservatrecht muß unangefastet bleiben.

Abg. Winterer (Elsasser): Die Vorbedingungen für die Ausdehnung des Unterstufungswohnstift-Gesetzes auf Elsaß-Lothringen, die Verwaltungsorganisation und Steuergesetzgebung sind noch nicht gegeben.

Abg. Schäfer (Z.) erhebt Widerspruch dagegen, daß an die Befreiung des bayerischen Reservatrechts gedacht wird.

Abg. v. Güttingen (N. V.): Es ist ein Irrthum, daß die Vorlage im vorigen Reichstage auf allen Seiten Anklang gefunden hat; der leider verstorbenen Abg. v. Hornstein hat lebhaften Widerspruch dagegen erhoben. Die Vorlage bringt manche Verbesserungen, aber sie werden alle aufgehoben durch die Herabsetzung der Altersgrenze für die Erwerbung des Unterstufungswohnstiftes. Für die Süddeutschen ist das Gesetz unannehmbar.

Abg. Wolfenbühne (Soz.): Es ist eine seltsame Erscheinung, daß gerade dieses Gesetz von allen Seiten als abänderungsbedürftig erkannt wird; namentlich die Herren aus den östlichen Provinzen wollen dadurch die armen Landgemeinden entlasten. Aber diese Entlastung kann doch nur dadurch erfolgen, daß man die oft auch sehr armen Industriegemeinden belastet. Daher müssen wir erwägen, ob nicht die Lasten gleichmäßig vertheilt werden können, nicht nur auf Land- und Industriegemeinden, sondern auch auf die Gemeinden, die so gut wie gar keine Armenlast haben. Das ist nur durch eine vollständige Reform des Armenwesens durchzuführen. Merkwürdiger

Weise wollen die Herren auf der Rechten heute gefehlich anerkannt wissen, daß die wirtschaftliche Selbständigkeit der Arbeiter bereits mit dem 18. Lebensjahre eintritt; vor wenigen Jahren bei der Gewerbe-Ordnung begann für sie die wirtschaftliche Selbständigkeit der Arbeiter erst mit dem 21. Lebensjahre. Es ist ein Uebelstand, daß Arbeiter nur deshalb abgeschoben werden, weil sie eventuell einmal verarmen und den Unterstufungswohnstift erwerben könnten. Auch Diensthofen läßt man deshalb nicht zwei Jahre lang an einem und demselben Ort. In Baden soll die Verwaltung des Fürsten von Fürstberg diese Praxis gegen die Diensthofen verfolgen. Dadurch kommen die Leute gerade recht bald dazu, die Armenpflege in Anspruch nehmen zu müssen, die sonst noch auf Jahre hinaus bewahrt wären. Man will erst die volle Wirksamkeit der Versicherungsgesetzgebung abwarten, ehe man das Gesetz über den Unterstufungswohnstift völlig revidirt. Gätte man beim Kranken- und beim Unfallversicherungs-Gesetz nach unseren Anträgen die Versicherung bedeutend weiter ausgedehnt und die Unterstufungsdauer auf ein ganzes Jahr erstreckt, so wäre die Armenpflege wesentlich entlastet worden. Die Armenpflege muß auf breitere Schultern gelegt werden, es ist zu erwägen, ob nicht eine staatliche oder Reichsorganisation eintreten soll. Für die Aenderung des Strafgesetzbuches in Verbindung mit diesem Gesetz können wir uns nicht erwärmen. Zwar versuchte der Staatssekretär uns zu befehlen, daß wir eigentlich für diese Bestimmung eintreten müßten, aber so wohlgemeint dieser Rath war, wir können ihn nicht befolgen; was wir thun wollen, sehen wir auf unseren Parteitag fest. (Abg. Singer: Herr v. Bötticher kann ja mal hinkommen!) Der § 361 Str.-G.-B. bestrafte bereits den, der durch Spiel, Trunksucht u. s. w. seine Familie der öffentlichen Unterstützung anheimfallen läßt, und solche Spieler können in das Korrekthaus gesperrt werden. Jetzt soll diese Einsperrung auch erfolgen können, wenn jemand seine Anverwandten nicht unterstüht, nachdem er dazu aufgefordert ist; es heißt zwar: „obwohl er dazu in der Lage ist“, aber das ist doch ein sehr dehnbarer Begriff. Ein Handwerker, der im Sommer gut verdient, kann z. B. augenblicklich in der Lage sein, seine Eltern zu unterstützen, gäbe er aber das Geld dafür aus, so würde er im Winter mit seiner eigenen Familie die Armenpflege in Anspruch nehmen müssen. Solchen Kaufschulparagaphen können wir niemals zustimmen. Und wie weit geht denn die Alimentationspflicht? Das wird in verschiedenen Landestheilen ganz verschieden beurtheilt und sieht gefehlich keineswegs fest. Auf so dehnbare Begriffe hin darf man Niemanden zur Korrekthaus verurtheilen, zumal das Korrekthaus nicht dazu angethan ist, die Leute zu bessern. Wer dort gewesen ist, ist in den meisten Fällen nicht mehr zu gebrauchen; die Leute werden dort erst zu Vagabunden und sinken mehr und mehr herab. Wir werden also gegen diese Bestimmung stimmen.

Damit schließt die Diskussion; die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Berathung der Novelle zum Gesetz über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen.

Abg. Bingen (Z.) glaubt, daß die bestehenden gefehlichen Vorschriften, wenn sie nur streng durchgeführt würden, ausreichend seien.

Abg. Kruse (Ntl.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die Ausdehnung des Gesetzes in Zukunft der Ueberwachung des Reichskanzlers unterliegen soll.

Abg. Conrad (Z.) hält es für zweckmäßig, daß die Nachrichten über die Ausdehnung der Viehseuchen möglichst allgemein bekannt gemacht werden, damit die Viehhändler in solchen Gegenden, wo die Seuche herrscht, nicht einkaufen. Die Seuche ist von auswärts gekommen. Besonders groß ist die Gefahr gegen Rußland, wo immer Seuchen vorhanden sind; darauf wird beim Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland besonders geachtet werden.

Abg. Klose (Z.) wünscht, daß die Versicherungs- und Entschädigungspflicht für Schweine und Rindvieh, bei letzteren auch gegen Tuberkulose in diesem Gesetze durchgeführt wird.

Preussischer Landwirtschaftsminister v. Heyden: Der Maul- und Klauenseuche wird dadurch vorgebeugt werden können, daß auch die Viehhäute der Viehhändler unter Kontrolle gestellt werden. Eine Zwangsversicherung einzuführen, könnte man ruhig der Landesgesetzgebung überlassen. Die Versicherung gegen Tuberkulose des Rindviehs ist noch nicht spruchreif. Ich hoffe, daß das Gesetz möglichst rasch verabschiedet wird, denn es zeigen sich Anzeichen, daß in Oberschlesien und in den östlichen Theilen Preussens ein erneuter Ausbruch der Maul- und Klauenseuche bevorsteht.

Abg. Humann (Z.) bemängelt die geringe Zahl der Thierärzte.

Abg. Böckel (Ntl.): Die Vorlage enthält manches Brauchbare, aber auch manches Bedenkliche. Man sollte sich in er-

Theater.

Freie Volkshöhne. Gerhart Hauptmann's vielumstrittenes Schauspiel „Die Weber“ ist am Sonntag Nachmittags endlich auch in der „Freien Volkshöhne“ gegeben worden. Im Februar dieses Jahres wurde es zuerst in dem Verein „Freie Bühne“ angeführt, der wieder einmal den Vermittler zwischen Dichter und Publikum machen mußte, weil die Zensur die vom „Deutschen Theater“ geplante Aufführung des Stückes verboten hatte. Auf diesen kleinen Kreis, der zum Theil aus Literaten und Literaturfreunden, daneben aus des Nerventheil bedürftigen Geldprohen und allerlei anderen Mitmachern männlichen und weiblichen Geschlechts besteht und daher nicht eigentlich gut als „Publikum“ gelten kann, hat das Stück damals einen starken Eindruck gemacht. Nachher ist, wie den meisten Lesern noch erinnerlich sein wird, in einem durch mehrere Instanzen getriebenen Streit dem Dichter das als „ordnungsgemäß“ erachteten Schauspiel das Recht erkämpft worden, wenigstens zum Publikum des „Deutschen Theaters“ zu sprechen. Das Verwaltungsgericht hatte seine Bestätigung des vom Polizeipräsidenten erlassenen Verbotes mit den Worten begründet: „Da hier in Berlin die Zahl der Arbeitslosen ständig zunimmt, da ferner notorisch hier viele Sozialdemokraten und viele mit ihrem Schicksale zerfallenen Menschen leben, so liegt die Gefahr der Aufregung bei einer Aufführung der „Weber“ auf einem hiesigen Theater nahe, denn vor einem Publikum von der erwähnten Art genügt es, daß das Stück einen deutlichen Hinweis auf Gewalt und Thätlichkeiten als Mittel zur Beseitigung der Nothe des Lebens enthält.“ Vor dem Oberverwaltungsgericht (vgl. „Vorwärts“ Nr. 292, 3. Oktober 1893, Gerichts-Zeitung) wies der Vertreter Hauptmann's, der Rechtsanwalt Greling, unter andern darauf hin, daß die Arbeitslosen nicht in das „Deutsche Theater“, in welchem der billigste Platz eine Mark kostet, zu gehen pflegten, und daß die Sozialdemokraten die Vorstellung eines solchen Stückes in ihren der Zensur der Polizei nicht unterliegenden „Freien Volkshöhnen“ bequemer hätten. Und das Gericht entschied, daß die „Weber“ für das „Deutsche Theater“ in Rücksicht auf das Publikum dieses Theaters freigegeben seien.

Das Oberverwaltungsgericht und der „Verteidiger“ des

Stückes hatten Recht. Zu den Besuchern des „Deutschen Theaters“ können weder die Arbeitslosen noch überhaupt die Arbeiterbevölkerung ein großes Kontingent stellen. Demjenigen Publikum, auf das allein die Dichtung auch durch ihren Stoff wirken kann, blieb sie daher nach wie vor verlagert. Zwischen dem Dichter und diesem Publikum mußten also in der That die „Freien Volkshöhnen“ den Vermittler machen. Der Verein „Neue Freie Volkshöhne“ hat die „Weber“ vor kurzem bereits gegeben; aber die Wirkung soll dort, bürgerlichen Blättern zufolge, nur gering gewesen sein. Wie sind nicht in der Lage, zu beurtheilen, ob und wie weit diese Behauptung zutrifft. Vielleicht verdankt sie ihre Entstehung nur dem Umstande, daß die bürgerliche Klasse, durch das Verbot des Stückes veranlaßt, einen toben den Ausbruch leidenschaftlicher Begeisterung, einen tumultartigen, wüthen Heißlauf, eine Art Theatersturm erwartet hatte. Davon ist natürlich auch bei der vorgestriegen ersten Aufführung in der „Freien Volkshöhne“ nichts zu merken gewesen. Ein Karr auch, wer etwa dergleichen erwartet hatte! Aber nach dem persönlichen Empfinden des Schreibers dieser Zeilen hat das Hauptmann'sche Schauspiel vom Weberland an dieser Stelle einen Erfolg davongetragen, wie bisher kein anderes Stück in der „Freien Volkshöhne“. Die „Freie Volkshöhne“ hat am Sonntag ihren großen Ehrentag gehabt, und die Bemerkung der Vereins-Monatschrift „Die Volkshöhne“, daß schon um dieses einen Stückes willen die Gründung des Vereins sich gelohnt haben würde, ist durch die Aufführung in vollem Maße bestätigt worden.

Die Handlung des Stückes ist bald erzählt. In dem östlichen Sinne des Wortes hat das Stück eigentlich kaum eine rechte „Handlung“. Die darobenden schlesischen Weber — das Stück spielt „in den vierziger Jahren“, genauer: 1844 — gelangen zum Bewußtsein ihrer elenden Lage, erheben sich gegen die sie ausbeutenden Fabrikanten, verjagen diese, demoliren ihre Wohnungen und Fabriken und werden durch die Hintertagelien des zu Hilfe gerufenen Militärs in ihre Hungerlöcher zurückgeschreckt. Wenn man den Begriff „Handlung“ in dem weiteren Sinne faßt, den uns die moderne Dramenliteratur und vor allem Hauptmann gelehrt hat, dann hat das Stück eine Handlung, die so reich und bewegt ist, wie die irgend eines anderen Dramas. Der Spektakel, den die tumultuirenden Weber verüben, macht die Handlung aller-

dings nicht aus. Wenn dieser explosionsähnlich aufstammte Ausstand überhaupt den Namen „Revolution“ verdient, so la nur von einer geistigen Revolution die Rede sein. Wie die in der dumpf und stumpf hinbrütenden Weberbevölkerung erlangt, langsam anglimmt und dann rasch zu heller Lohe entfacht wird, — diese Handlung läßt der Dichter in einer Fülle seelischen Geschehens vor uns sich aufrollen.

Er unterscheidet in Personenverzeichnis des 1. Aktes eine „Fabrikantengruppe“ und eine „Webergruppe“. Diese Scheidung geht deutlich durch das ganze Stück. Zur Fabrikantengruppe, in deren Mittelpunkt der Farchend-Fabrikant Dreihiger steht, sind auch diejenigen zu rechnen, welche zwar selber nicht viel zu beifien haben, aber doch mit dem Fabrikantensthum marschiren, also vor allem die nach oben hin demüthigen, nach unten hin hochmüthigen Angestellten Dreihiger's, ferner alle, die sonst irgendwie von der bestehenden Klasse wirtschaftlich abhängig sind, weiter selbstverständlich der Pastor und endlich, ebenso selbstverständlich, auch die Polizei. Zur Webergruppe, in deren Mittelpunkt der alte Webermeister Baumer steht, gehören alle, welche darben müssen, oder richtiger: alle, welche einsehen, daß und warum sie und andere darben müssen. Der Dichter hat nämlich zwischen diese beiden Gruppen zahlreiche Zwischenglieder gestellt. Nicht zur Webergruppe gehört z. B. der alte, fromme Weber H ilse, der mit Gott für König und Vaterland hungert und sich im Jenseits reichen Erseh für die Leiden des Diesseits erhofft. Nicht zur Fabrikantengruppe gehört der Hauslehrer von Dreihiger's Jungen, Kandidat Weinhold, der in all dem Glanz des Fabrikantenhauses das Verhältniß für die elenden Tage der Weber nicht eingestuft hat und auch den Muth besitzt, dem Brotherrn gegenüber seinen Standpunkt zu vertreten. Zur Webergruppe gehört der ehemalige Weber, der jetzt eben vom Militärdienst in Berlin in sein Heimathsdorf zurückkehrende Moritz Jäger, dem es selber augenblicklich gut geht, der aber die Weber über Umfang und Ursache ihres Elendes aufklärt. Zur Fabrikantengruppe gehört der ehemalige Weber und jetzige Expedient Pfeiffer, der nun, da es ihm besser geht, dem Dreihiger die Weber schinden hilft. Diese mannigfachen Gaben, welche sich zwischen den beiden Gruppen hinüber und herüber schlingen, gestalten das Gesamtbild ungemein

Linie an die Händler halten und solche veratorischen und loßspieligen Vorschriften nicht auf die Bauern anwenden.

Preussischer Landwirtschaftsminister v. Seyden: Ich kann auch nur wünschen, daß die Kommissionsmitglieder praktische Landwirthe sind. Es ist gelungen, eine einzige Thierkrankheit auszurotten, nämlich die Räude der Schafe.

Abg. Nettich (D.): Die Stimmung in landwirtschaftlichen Kreisen ist jetzt den veterinärpolizeilichen Maßregeln gegenüber eine wohlwollendere als beim Utsap des jetzigen Viehseuchengesches.

Abg. Wankon (natlib.) warnt davor, von der Vorlage und ihrer Wirkung abzuwiel zu hoffen.

Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Darauf wird die Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt.

Die Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für 1892 und die gleiche Uebersicht bezüglich der Schutzgebiete, sowie die Rechnung der Kasse der Ober-Rechnungskammer werden der Rechnungs-Kommission überwiesen, die auf Antrag des Abgeordneten Petocha von 7 auf 14 Mitglieder verstärkt werden soll.

Darauf erledigt das Haus noch in erster Verathung den Gesetzentwurf betr. die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elbich-Pohringen, sowie des Etats der Schutzgebiete, welcher der Rechnungs-Kommission überwiesen wird.

Schluß gegen 6 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (Vorfesener.)

Kommunales.

Die gemischte Deputation des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, welche über die Verwendung des von der städtischen Verwaltung zur Förderung der Kunst in den Etat eingestellten Betrages von 100 000 M. pro Jahr zu bestimmen hat, hielt heute Mittag eine Sitzung ab.

Die gemischte Deputation hatte sich in einer früheren Sitzung darüber schlußfäßig gemacht, daß die jährlich zur Verfügung stehende Summe hauptsächlich zum künstlerischen Schmuck unserer Straßen und Plätze mit Bildhauerwerken verwendet werden sollte. Außerdem soll, so weit als möglich, das Kunstgewerbe gefördert und unterstützt werden.

In ihrer heutigen Sitzung hat die gemischte Deputation beschlossen, den Alexanderplatz mit einer in Kupfer getriebenen Kolossalfigur schmücken zu lassen. Die bekannte Handriese'sche „Berolina“ war hierzu in Vorschlag gebracht worden. Der Vorschlag fand allgemeine Zustimmung, nur beschloß die Deputation, den Künstler zu ersuchen, der für den Alexanderplatz bestimmten „Berolina“ nicht nur den Charakter einer Willkommensgruß- und Blumenpendlerin (die Statue hat bei der Bewillkommung des Königs von Italien das Licht der Welt erblickt) zu verleihen, sondern die zum bleibenden Schmuck des Platzes bestimmte Figur mit den Symbolen der in Berlin betriebenen Thätigkeit zu versehen.

Ein weiterer Beschluß der Deputation geht dahin, den Bildhauer v. Lechtritz mit der Ausführung seines auf der letzten Ausstellung gezeigten Wandbrunnens zu beauftragen.

Zum Platz für dieses lebenswürdige und graziose Kunstwerk, welches in Bronce ausgeführt wird, ist der an der Gormann- und Rosenthalerstraße frei werdende Platz bestimmt. Für die nächste Zeit ist außerdem der künstlerisch-architektonische Schmuck des Eingangs vom Friedrichshain vorgesehen.

Weitere Vorschläge sind bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt worden.

Lokales.

Der Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend beging unter reger Theilnahme der Sangesbrüder am 2. d. M. in den Gesammträumen der Brauerei Friedrichshain die Feier seines dritten Stiftungsfestes. Der große Konzertsaal hatte zu dieser Gelegenheit einen dem Charakter eines Arbeiterfestes entsprechenden Schmuck angelegt. Das Programm war ein reichhaltiges und das Gebotene befriedigte vollaus. Unter Leitung des Herrn Schönerer konzertierte eine Kapelle der freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker, außerlesene Tonstücke zu Gehör bringend. Von den Gesangvereinen manches Vortreffliche geleistet. Glanzpunkte des Abends bildeten auch die Solovorträge der Herren P. Kurz auf der Orgel, Johannes Lamecha auf Violine und Begner und Jürgang auf Pflon. Das Fest verlief zu Aller Befriedigung und Herr Neumann vom Bundesvorstande konnte mit Recht auf die Nacht des Festes, auf die Agitationskraft, die in den Arbeiterliedern ruht, auf die Bestrebungen der 210 dem Sängerbunde angehörenden Vereine in einer kurzen Ansprache an die Festversammlung hinweisen. Erst um 5 Uhr Morgens erreichte das dritte Stiftungsfest des Arbeiter-Sängerbundes Berlins und Umgegend sein Ende.

Einem eiumüthigen Protest gegen die Tabakfabriksteuer sprach eine öffentliche Volksversammlung in Köln aus, nachdem der Genosse Meiß über den Entwurf des Gesetzes referirt hatte.

Wendwahr, ohne daß sie deshalb die Deutlichkeit r Grundheilung beeinträchtigen. Diese Grundheilung wirkt lediglich schematisch. Aber einmal tritt sie doch mit frappanter Schärfe hervor, gleich zu Anfang nämlich, im 1. Akt. Der große Gegensatz, der die Gesellschaft in die beiden Klassen der Besitzenden und der Besessenen spaltet, drängt sich hier dem Zuschauer und Hörer mit brutaler Gewalt auf. In der Schärfe der Herausarbeitung dieses Gegensatzes wird der 1. Akt von keinem anderen übertroffen. Darum schlug dieser Akt auch schon mit seinem ersten Wort die Hörer in Fesseln und hielt sie, trotzdem es ihm beinahe an jeder dramatischen Bewegung fehlt, bis zuletzt in atemloser Spannung. Mit derselben knappen Klarheit zeigte der 2. Akt das Zusammenhalten von Besitz, Kirche und Staatsgewalt.

Die Leitung der Webergruppe liegt in den Händen Moritz Jäger's und eines jüngeren Webers, des trozigen „rothen Wäcker“. Sie übernehmen es, durch Verbreitung eines Liedes, das den prassenden Fabrikanten die hungernden Weber gegenüberstellt, die Köpfe der Weber zu revolutioniren. Das von diesen beiden trotzdem keiner der „Held“ des Stückes sein kann, ist klar. Denn das Stück überhaupt einen einzelnen als „Helden“ hat, wenn nicht vielmehr die ganze Weberbevölkerung als „Held“ anzusehen ist, so kann es nur der alte Baumert sein. Er ist, wie oben bemerkt, der eigentliche Mittelpunkt der Webergruppe, diejenige Gestalt, welche aus allen als die eigentlich bedeutendste herausragt und auch vom Dichter am liebvolliesten ausgestaltet worden ist. In ihm verkörpert sich die Weberbevölkerung überhaupt, in ihrem allmählichen Herabsinken von ledigen Auskommen bis zu tiefstem Elend, in ihrem schrittweisen Versumpfen an Leib und Seele, und wiederum in ihrer unerschütterlichen Gutmüthigkeit, in ihrem sich trotz aller Noth behauptenden Humor, freilich nur einem traurigen Galgenhumor, in ihrer eigenthümlichen Lebensphilosophie, die sie für Augenblicke immer wieder aus allem Jammer noch einmal heraushebt. Der alte Baumert, in dessen müde und morisch gewordenen Kopf das aufreizende Lied bligartig hineinklingelt, der plötzlich aufhört in Wuth und Flamme dem Haß und verlangt, daß es anders werde, — er ist hierin ein Bild der gesammten Weberbevölkerung. Und wieder der alte Baumert, der sich am Wein des verjagten Fabrikanten berauscht und sich schon für einen Grafen hält, weil er auch 'mal ein „Geldmannsfressen“ in den Leib bekommen

Zu der Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes, die wir in der Sonnabend-Nummer nach der „Volks-Zeitung“ mittheilten, wird dem genannten Blatte von kompetenter Seite geschrieben, daß die fragliche, von einem der mehr als 12 Senate gefällte Entscheidung schwerlich auf die fernere Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes einen Einfluß üben werde. Die Ansicht des Reichs-Versicherungsamtes wird dahin charakterisirt: „Hat ein Unfall in einer für die Begründung des wärschlichen Zusammenhanges geeigneten Weise auf den Eintritt eines gewissen Grades von Erwerbsunfähigkeit eingewirkt, so ist die Entschädigung in der Form der Rente zu gewähren, so lange dieser Zustand infolge des Unfalls fortbesteht, wenn auch nach menschlicher Voraussicht der Verletzte zu einem späteren Zeitpunkt ohne den Unfall in ebenfolchen Zustand geminderter oder aufgehobener Erwerbsfähigkeit (etwa infolge eines zur Zeit des Unfalls bereits vorhandenen, allmählich sich steigenden organischen Leidens oder infolge hohen Alters) gerathen wäre.“ — In dem von uns angeführten Falle war, wie man sich erinnert, einem irrsinnig gewordenen Verletzten die Rente nur auf ein Jahr zugestimmt worden, weil er nach ärztlichem Gutachten auch ohne den ihm zugestoßenen Unfall irrsinnig geworden wäre.

Die Wirkung der Unteruchungshaft. Der Verkaufsvermittler Paul Robert Schänemann, dessen Haftentlassung gegen eine Kaution von 8000 M. bei der gestrigen Gerichtsverhandlung beschlossen worden ist, befindet sich in schwer leidendem Zustande, was die Veranlassung zu der Entschädigung gegeben hat. Sch. war bei Schluß der Gerichtsverhandlung erkrankt, daß er sich kaum noch aufrecht zu halten vermochte. Die beschlagnahmten Bücher, die Herr Sch. gern zurückhaben wollte, sind von der Staatsanwaltschaft zurückbehalten worden; diese Behörde verlangt von dem Angeklagten eine Beweiszführung, daß die 1497 gegen ihn vorliegenden Betrugsfälle nur durch Irrthümer hervorgerufen worden sind.

„Polizeimatronen“ wünscht der Verein „Jugendschutz“ nach dem Muster einer in Chicago bestehenden Einrichtung auch in Berlin eingeführt zu sehen. Der Vorstand hat an den Polizeipräsidenten eine entsprechende Eingabe gerichtet. In der darauf hingewiesenen wird, daß diese Einrichtung sich in Chicago „ganz vortrefflich und segensreich“ bewährt habe. Die „Polizeimatronen“, die sich der Verein als „gebildete Schulpamen“ denkt, sollen an allen Polizeiwachen angestellt werden, Tag und Nacht auf dem Posten sein, die eingelieferten Frauen, Mädchen und Kinder sofort in ihre Obhut nehmen, „die Unschuldigen von den schlechten Elementen gesondert halten“, bezum Verhör begleiten u. s. w. Wenn diese „Polizeimatronen“ dazu dienen können, auf den Ton, in welchem Polizeibeamte die Arrestanten, auch die weiblichen, behandeln, ändern einzuwirken, dann wäre ihre Einführung mit Freuden zu begrüßen. Ueber den sonstigen Nutzen, welchen die „Polizeimatronen“ gewähren könnten, giebt sich der Verein einer Täuschung hin. Im einzelnen Falle mag die Einrichtung in Chicago vortrefflich und segensreich sein und es vielleicht auch in Berlin werden. Prostituirte, die ohne Noth der Prostitution in die Arme gerathen sind, können dadurch zu einem anderen Lebenswandel zurückgeführt werden. Aber die Zahl dieser Prostituirten ist gering. Den anderen, welche durch die Noth „auf die Bahn des Lähers getrieben“ worden sind, wird auch eine „Polizeimatrone“ nichts nützen. Auch die „gebildete“ Dame wird einer armen Näherin nicht weiß machen können, daß man bei 16 stündiger Arbeitszeit und 1 Mark Verdienst pro Tag existiren könne, geschweige denn ein angenehmes Dasein führe. Das ist der Kern der ganzen Prostitutionsfrage. Der Verein „Jugendschutz“, dessen Bestrebungen wir an dieser Stelle wiederholt und sehr eingehend besprochen und als fast völlig wirkungslos nachgewiesen haben, behandelt diese Frage nicht als eine Frauenfrage, sondern als eine Seelenfrage. In diesem Punkte berührt er sich, trotz des entschiedenen Protestes seines Vorstandes, mit Herrn Söder und der Berliner Stadtmission. Auch die „Polizeimatronen“ sehen verdächtig nach innerer Mission aus, worauf auch schon ihr Import aus dem bigotten Chicago hindeutet. Es ist zu fürchten, daß sie sich bald nach der Seite des kürzlich gegründeten Frauenbundes zur Bekämpfung der „öfentlichen Sittenlosigkeit“ entwideln würden.

Der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer feierte am Sonnabend sein einunddreißigjähriges Bestehen. Der geräumige Saal der „Konfordia“, Anbrechtstraße, konnte kaum die große Zahl der Festtheilnehmer fassen. Der Vorsitzende Jäger gab in einer kurzen Ansprache einen Rückblick über die Entwicklung der Vereinigung und ihrer Kämpfe in diesem Jahre. Ihm folgte mit einem lebhaften Appell an die Vereinsgenossen, treu zur Organisation zu halten, der Vorsitzende des Zentralverbandes Döblin. Aber auch dem Humor war Rechnung getragen. Eine Anzahl mit einem Nebelbild-Apparat reproduzirte Bilder gaben Episoden aus dem Vereinsleben und dem letzten Streik wieder. Auch des hinter Kerkermauern für unsere gerechte Sache schmachenden Genossen Ender's wurde gedacht, und lebhafteste Begünstigung bewachtigte sich der Festgenossen, als das sehr gut gelungene Bild den treuen Kämpfer in Erinnerung rief. Möge er gesund und mit der alten Energie zu uns zurückkehren, das war der Wunsch, von dem jeder besetzt war.

In den Beamten gestattet, was dem Publikum verboten ist? Zu dieser Frage schreibt man der „Volks-Zeitung“: Mit großer Strenge wird seit einiger Zeit sowohl auf der Stadtbahn wie auf der Wannesebahn gegen solche Personen vor-

hat, — er stellt einen Typus der planlos revoltirenden Masse dar, die auch endlich einmal zulangen möchte. Die Gestalt ist, wie die ganze Webergruppe, stellenweise mit einer grimmigen Komik ausgestattet. Man kann sich ihr nur schwer entziehen, wenn Wittig, der kraftstrotzende Schmied, belustigt über das alte, dürre, schlotternde Männchen eine laute Locke ausschlägt: „Der alte Baumert will Rebellion machen!“ oder wenn Luise Hilse, die in ihrem wilden Haß gegen das Fabrikantenthum, in ihrer todesverachtenden Heldenhastigkeit alle Männer gigantengleich übertrifft, im Augenblick der Gefahr, beim Herannahen des Militärs, diesen selbst, alten, trunken und müde auf die Bank gesunkenen Baumert aufrüttelt: „Pathe Baumert, kommt so schnell wie Ihr könnt!“

Wir müssen es uns leider versagen, die zahllosen Schönheiten dieser großen Dichtung hier weiter zu erörtern, — eine Aufgabe, der sich der Schreiber dieser Zeilen auch in keiner Weise gewachsen glaubt. Wir hoffen, daß das Stück den Mitgliedern der „Freien Volksbühne“ zugleich auch eine Beleuchtung der Verhältnisse unserer Zeit sein werde, selbst wenn das, wie behauptet worden ist, nicht in der Absicht des Dichters liegen sollte. Die Aufführung war so gut, daß sie auch einem anderen Theater als dem mit beschriebenen Mitteln ausgestatteten „Nationaltheater“ Ehre gemacht hätte. Das Stück bereitet besonders dadurch große Schwierigkeiten, daß darin eine ungewöhnlich hohe Zahl von sprechenden Personen auftritt, die alle einen ausgeprägten individuellen Charakter haben. Direktor Samst, der das Stück mit feinstem Verständnis einstudirt hatte, hat diese Schwierigkeiten geschickt überwunden. Das Personal des „Nationaltheaters“ war diesmal besonders ausgiebig durch fremde Kräfte verstärkt worden. Wir nennen nur Friedrich Wafil (Dreißiger), Gustav Kadelburga (Moritz Jäger), Max Döwensfeld (Weber-Ansorge) Sossie Burzla (Luise Hilse) und vor allem Paul Pauli (Der alte Baumert). Der Dichter wurde von der begeisterten Aufnahme seines Werkes telegraphisch in Kenntniß gesetzt.

Lesingtheater. Von den vier Einaktern heiteren Genres, die sich Herr Witterwurger am Sonntag erkoren hatte, um seine Vieltheiligkeit als Virtuose zu demonstrieren, verdient eigentlich nur Erindberg's Lustspiel „Das Spiel mit dem Feuer“ Beachtung. Es war dies eine der Stücke, über die man sich gutem Berkommen

gegangen, die trotz des bestehenden Verbots die schon in Fahrt befindlichen Züge besteigen. Ich habe beispielsweise beobachtet, wie ein Mann, der bereits die Kouspethür geöffnet und eben in das Wagenabteil hineinspringen wollte, von zwei Beamten gepackt und vom Trittbrett des fahrenden Zuges wieder heruntergerissen wurde, was die Gefährlichkeit der Situation nicht etwa verringerte. Gestern Nachmittag in der siebenten Stunde bestieg ich auf dem Bahnhof Alexanderplatz einen Stadtbahnzug, um nach dem Lehrter Bahnhof zu gelangen. Trozdem ich mit einer Fahrkarte zweiter Klasse versehen war, zog ich es vor, die dritte zu benutzen, denn die vier Kouspeth der einzigen Wagens, den der Zug überhaupt führte, waren überfüllt. Der Zug war bereits mehrere Sekunden in Bewegung, als die Kouspethür hastig aufgerissen wurde und nacheinander zwei Eisenbahn-Unterbeamte hereinholperten, denn der Zug fuhr schon recht schnell und beide Männer, die nach beendeten Dienst nach Hause fahren wollten, trugen Pakete. In jedem anderen Falle wird eingeschritten, hier ließ sich der bekannte Ruf „Zurückbleiben“ vom Perron her nicht hören. Es wäre doch gut, wenn gerade die Bahnbeamten in erster Linie dem Publikum mit gutem Beispiele vorzugehen und die für dasselbe geltenden Bestimmungen nicht außer Acht lassen würden, zumal wenn sie sich nicht im Dienste befinden.

Gegen den Schlachtzwang wurde seiner Zeit mit besonderem Nachdruck das Bedenken geltend gemacht, daß er die Zahl der selbständigen Fleischer erheblich vermindern und das Schlächtergewerbe in wenigen Händen konzentriren werde. Nach den ziffermäßigen Mittheilungen der Schlachthofverwaltung hat sich nun seit dem Jahre 1888, wo der Schlachtzwang in Berlin eingeführt wurde, die Zahl der selbständigen Schlächter von 684 auf 1136 erhoben, also fast verdoppelt. Dabei ist bemerkenswerth, daß bei den eigentlichen Schlächtern (Rind-, Schweine- und Lohschlächtern) die Zunahme höher als eine Verdoppelung war, während die Zahl der Loden- und Marktischlächter nur von 509 auf 798 stieg.

Zum Schluß in der Berliner Schulverwaltung. Bekanntlich hat die Schulverwaltung auf die vielfachen Klagen unserer Genossen im Nothen Aufse, daß die Lehrmittel an „Unbemittelte“, wenn überhaupt, sehr spät geliefert werden, in dem der Berliner Verwaltung eigenen Ton der Selbstberathung geantwortet, die Lieferung könne, dürfe und solle höchstens ein paar Tage dauern. Und geben fortgesetzt darüber berechnete Klagen zu, daß zwischen dem Antrag auf Gewährung von Lehrmitteln bis zur Lieferung selbst viele Wochen verstreichen. So hat der Vater eines Kindes der 127. Gemeindefschule vor vier Wochen das Gesuch um Lieferung der Bücher eingereicht, vor etwa 10 Tagen sich dann direkt an die Schuldeputation gewendet — ohne Erfolg. Sein armes Kind muß noch heute ohne Lehrmittel sich behelfen. — Wie wäre es, wenn das Gehalt der Magistratsräthe solange später ausbezahlt würde? Vielleicht schiebt die Schulverwaltung einige solcher Klagen über Summelei auf die nächste internationale Ausstellung?

Auch ein Beitrag zum Thema: Es giebt keinen Nothstand. Unter den Linden spielte sich dieser Tage ein Vorgang ab, wie er dort täglich dutzendfach zu beobachten ist und kaum eine besondere Erwähnung verdienen würde, wenn nicht ein kleines Stückchen Papier, das bei dem Vorfalle eine gewisse Rolle spielte, dabei insofern von Wichtigkeit wäre, als es auf die in Offizierkreisen herrschende Lebensweise ein interessantes Schlaglicht wirft. Vor das Restaurant N. wurden an jenem Tage zwei Droschken gerufen und vier Herren in Uniform, augenscheinlich Offiziere, wollten die Fußwerke besteigen. Der eine dieser Herren griff in die Tasche, um den Fahrpreis zu entrichten, sah aber zunächst ein kleines Zettelchen, das er hervorzog und in welches er einen flüchtigen Blick warf, dann das Papier zusammenfaltete, dasselbe ein wenig einriß und sodann fortwar. Von einem Vorübergehenden wurde bald darauf der Zettel, der recht sauberlich trotz des Niffes ansah, aufgehoben. Sein Inhalt war folgender: Nota. Restaurant N. Unter den Linden Nr. . . Berlin, 19. 11. 93. 4 Diners 18 M. Kaviar extra 15 M. 1 Plourenne 5 M. 2 Jerron 28 M. Obst 2,50 M. 2 Latour 86 M. 1 84er Pommerie 80 M. 4 Caffee triple 3 M. 4 Zigarren 16 M. Trofschle 1,50 M. In Summa 157 M. Ein Quittungsvermerk auf der Rechnung fehlte. Sollte diese noch zur Eintragung in die Geschäftsbücher des Restaurants gelangen, so wird dabei auch vielleicht noch der interessante Additionsfehler von 4 M. entdeckt, der zu der Befürchtung führt, daß der bedienende Kellner — um sein Trinkgeld bekommen ist.

Eine Neuerung ist auf den Zügen der Stadtbahn eingeführt. Die Zugsführer sind seit Kurzem mit Thermometern ausgerüstet, um die einzelnen Abtheilungen auf den Wärmegrad zu prüfen. Sobald im letzten Wagen nach Nummer 10 Grad Wärme nicht erreicht sind, hat der Zugsführer durch den Maschinenführer eine stärkere Heizung herbeizuführen. Die ersten Wagen hinter den Maschinen zeigen zuerst stets eine um etwa 8 Grad höhere Wärme, als die letzten. Ein Ausgleich findet schließlich in der Weise statt, daß die Maschine an den Endpunkten der Fahrt umgelegt wird. Anders ist es bei den Zügen des Nordrings, wo die Maschine ihren Ort in bezug auf den Zug nicht wechselt. Bei ihnen werden daher die ersten Wagen vom stierenden Publikum mit Vorliebe aufgesucht.

nach entrichtet. Und mit Grund. Nicht daß es unbillig wäre, wie die meisten französischen Chebruchsdramen, aber ihm fehlte die pikante Sauce, welche die unappetitlichen Obszönitäten aus dem Lande des „Erbsenbuds“ Geschmack oder vielmehr Hautgout beibringen. Strindberg schildert, halb satirisch und halb philosophisch, wie man in einer übersetzten, vom Drängen und Stößen des niederen Erdlebens abgewendeten Gesellschaftsschicht über das Erleben denkt und geht dabei von dem sehr richtigen Grundfah aus, daß in der Welt des Genusses die wahre, heiße Liebe höchst ungleich und störend ist. Leidenschaft läßt nie zum behaglichen Dasein kommen und ist Schariten und Schmarozern daher ein Greuel. Diese blasirte Ansicht hatte sich auch Maler Knut angeeignet, dem das seltene Geschick beschieden war, die Tochter eines Kapuzinenscheiters zur Frau zu bekommen. Frau Kerline, die sich im allgemeinen mit ihrem Gatten gut abfindet und noch nie einen ernsthaften Jam in ihrem jungen Eheglück erlebt hat, bekommt nun nicht über Lust, mit dem Busenfreund ihres Mannes, Bildhauer Axel, der gleichfalls ein faibles für sie hegt, anzubandeln. Die Sache wird auch ziemlich perkt und Knut, dem freundschaftlich von der sich vorbereitenden Personenstandsveränderung in Kenntniß gesetzt wird, giebt in aller Freundschaft seinen Segen. Bevor er aber von seiner Frau und seinem Freunde scheidet, will er als Gemüths-mensch den übrigen Familienmitgliedern, nämlich den Schwiegereltern und einer mißgünstigen Cousine des Hauses die entsehlische Langeweile, unter der sie sich räkel, ein wenig vertreiben und labet sie freundschaftlich ein, daß sich auf der Bühne vollstehende Liebespiel an der Thür zu belauschen. Die „Liebenden“ haben aber mittlerweile herausgefunden, daß das Spiel mit dem Feuer der Leidenschaft wirklich nichts Rechtes ist und lehnen daher unter dem freundschaftlichen Spott der Lauscher rennovoll zu ihren rechtmäßigen Ehegesponsen zurück. Die Sache liegt nämlich so, daß auch Axel eine Frau hat; nur lebt er mit ihr in Scheidung. Die Scheidungsfrage wird aber nicht anerkannt und so trifft es sich denn famos, daß er am Schluß des Stückes sich wieder legitimen Wegen zumenen kann. Dies kurz der Inhalt der mit vielen psychologischen Feinheiten ausgestatteten schaurigen Satire. Das Publikum war so empört, daß es erst bei dem letzten Einakter des Abends, einer französischen Eiferjuden-plantarie, wieder zu vollem Weisfall ausholte.

Vom Einfrieren der Wassermesser. Die Direktion der städtischen Wasserverwerke macht mit Rücksicht auf das Herannahen der kälteren Monate die Hausbesitzer durch Säulenanschlag und Zeitungsinserat darauf aufmerksam, daß sie laut Tarif und Regulator verpflichtet sind, die Wassermesser „kroftfrei und in gutem Zustande“ zu erhalten. Diese Mahnung ist sehr wichtig; denn das Einfrieren der Wassermesser ist eine in Berlin weit verbreitete und mit jedem neuen Frost sich wiederholende Kalamität. Am meisten haben darunter die Bewohner der Miethskafern zu leiden, deren Besitzer nicht im Hause wohnen und sich, abgesehen von der Empfangnahme der Miethe und von etwaigen Ermittlungen, auch nicht weiter um ihr Haus kümmern, sondern die „Verwaltung“ desselben einem „Wegwirth“ übertragen. Man kann es diesen „Wegwirth“, die fast immer noch ein Handwerk oder ein kleines Geschäft nebenbei betreiben und oft mehrere Häuser zugleich „verwalten“ müssen, wirklich kaum übelnehmen, wenn sie nicht allzu feil dabei sind, um bei eintretendem Frost die Wassermesser vor dem Einfrieren zu schützen. Daß diese Kalamität hauptsächlich in solchen Miethskafern am häufigsten vorkommt, hat die „Arbeiter-Sanitätskommission“ im vorigen Winter festgestellt. Es hat sich dabei auch ergeben, daß den Miethebern dieser Häuser manchmal für längere Zeit das Wasser entzogen geblieben und infolge dessen auch die Spülung des Klosets unmöglich gemacht worden ist. Wir wollen abwarten, ob sich die Klagen in diesem Winter in demselben Umfange erneuern werden. Der in der oben erwähnten Bekanntmachung enthaltene Hinweis auf das eigene Interesse der betreffenden Hausbesitzer und auf die Unannehmlichkeit einer Unterbrechung des Wasserzulaufes, dürfte sich in den meisten Fällen als wirkungslos erweisen. Die Besitzer von Miethskafern haben von der Unterbrechung des Wasserzulaufes keinen Schaden und keine Unannehmlichkeit. Sie können höchstens noch dabei profitieren, wenn den Miethebern auf einige Zeit das Wasser abgeschnitten wird.

Von einem Eisenbahnzuge überfahren und getödtet wurde in der Nacht vom Sonntag, der 49 Jahre alte Eisenbahnarbeiter Karl Sadomski, der in der Friedrichsstraße 6 zu Friedrichsberg wohnte. Stredenarbeiter fanden gestern Morgen um 7 Uhr auf dem Stadtbahngleise bei der Straße XIX kurz vor der Haltestelle Kummelsburg einen Menschenkopf und nicht weit davon den sichtlich verstümmelten Körper. Der Verunglückte war durch die Räder eines Zuges eingedrückt, die Arme waren völlig zermalmt. Wahrscheinlich hat Sadomski in der Nacht nach Beendigung seines Dienstes einen Richtweg eingeschlagen wollen, um nach Hause zu gehen, und ist von einem Stadtbahnzuge, der von Kummelsburg kam, überrascht worden. Der Verunglückte war verheiratet.

Daß Hunde in Bahnhofs-Wartehäuser nicht mitgenommen werden dürfen, ohne daß für dieselben ein Bilet gelöst ist, dürfte dem Publikum wohl wenig bekannt sein. Dieser Tage hat wegen solcher Uebertretung eine Verurtheilung stattgefunden. Die Eisenbahn- und Betriebsinspektion Berlin hatte gegen einen Fuhrmann M. aus Bernau eine Strafverurteilung in Höhe von 3 M. event. einem Tag Haft erlassen, weil er seinen Hund in den Wartesaal 3. Klasse des dortigen Bahnhofsgebäudes mitgenommen hatte, ohne für ihn eine Prüferkarte gelöst zu haben. Dagegen hat der Beschuldigte Widerspruch erhoben, jedoch ohne Erfolg, denn das Bernauer Schöffengericht erkannte ebenfalls auf die angeführte strafrechtliche Sühne.

Vom Heldengreis. Es ist nicht richtig, schreibt der „Reichs-Anzeiger“, daß Wilhelm II. gesagt habe, das für Wilhelm I. zu errichtende „Nationaldenkmal“ solle kein Volksdenkmal, sondern ein dynastisches Denkmal werden. War die auch von uns gebrachte Nachricht in diesem Zusammenhang mithin unrichtig, so ist die Thatfache, daß dem verstorbenen König von Preußen im Herzen des arbeitenden Volkes auch nicht die geringste Spur eines freundlichen Andenkens gewahrt bleibt, trotz aller „Volksdenkmäler“ nicht aus der Welt zu schaffen.

Unnütze Hände haben in letzter Zeit die auf Blechschilfern in den Abtheilungen der Personenzüge der Eisenbahn angebrachten Inschriften vielfach nicht nur ausgekratzt, sondern auch manche Inschriften durch Entzernen einzelner Buchstaben den gerade entgegengesetzten Wortlaut gegeben. So ist z. B. das Verbot: „Nicht öffnen, bevor der Zug hält!“ durch Wegkratzen des N und t in Nicht und des zweiten n in öffnen in: „ich öffne, bevor der Zug hält!“ umgewandelt worden. Die Stations- und Zugbeamten haben deshalb Anweisung erhalten, auf die Schilder und die Klügel, welche sie beschädigen, ihr besonderes Augenmerk zu richten.

Zum Tode des Stallmanns Winter. Der in Nr. 259 des „Vorwärts“ als „Rufgeber der Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft“ bezeichnete verunglückte Winter war, wie uns mitgeteilt wird, nicht als Rufgeber bei der Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft, sondern als Stallmann im Depot der Omnibus-Gesellschaft, Oranienburgerstraße, beschäftigt. Die Straßenbahn-Verwaltung hatte daher angeblich Recherchen angestellt. Nach der obigen Verurteilung nehmen wir an, daß die zuständige Verwaltungsverwaltung in gleicher Energie und mit mehr Erfolg der Sache der unglücklichen Wittwe sich annimmt.

Passage-Paroptikum. Sonnabend, den 2. Dezember, sind bei gut beleuchtetem Hause eine Anzahl neuer Spezialitäten im Passage-Paroptikum aufgetreten, von denen namentlich die Violin-Virtuosin Miss Beoni, die jugendliche Spring-Künstlerin Miss May und Miss Margerita in ihrem Lustpotpourri, für ihre Leistungen vom Publikum mit Beifall ausgezeichnet wurden. Das Weihnachtsmärchen von Dr. J. Lohmeyer mit seinen Transparentbildern, Musikbegleitung und Gesängen schien seine Wirkung auf Frauen und Kindern nicht zu verfehlen.

Polizeibericht. Am 2. d. M. wurden überfahren und bedeutend verletzt: Vormittags im Lustgarten ein 81 Jahre alter Arbeiter durch einen Postpaketwagen, Abends am Spittelmarkt ein zehnjähriger Knabe durch eine Droschke, und in der Potsdamerstraße eine Schneiderin durch ein Schlächtersfuhrwerk. — Abends brannten in der Straße 11 a auf der Parzelle 18 die Balken und Verschalungen in allen vier Stockwerken eines Neubaus. — In der Nacht zum 3. d. M. wurde ein Hausbrand in seiner Wohnung, in der Mühlenerstraße, erlöhnt vorgefunden. Auf dem Geleise der Stadtbahn, in der Nähe des Bahnhofs Kummelsburg, wurde ein Arbeiter durch einen Zug überfahren und auf der Stelle getödtet. — Am 3. d. M. Abends fiel eine Frau vor dem Hause Lothringerstraße 112 beim Befestigen eines in der Fahrt befindlichen Omnibus zur Erde und wurde am Kopfe bedeutend verletzt. — Am 2. und 3. d. M. fanden 12 kleine Brände statt.

Soziale Ueberlicht.

Am die Gewerkschaften Berlins.

Die Gewerkschafts-Kommission veranstaltet am 26. Dezember (2. Weihnachts-Feiertag), Mittags 12 Uhr, in den Konfordia-Hallen, Andreasstraße 64, eine Matinée, an deren Besuch die Gewerkschaften sich recht zahlreich betheiligen wollen. Biletts à 25 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Geschäften und bei den Mitgliedern des Ausschusses, deren Adressen unten verzeichnet sind, zu haben.

Ferner wird bekannt gegeben, daß am Donnerstag, den 7. Dezember, im Lokale Annenstraße 16 eine öffentliche Versammlung der Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission mit folgender Tagesordnung stattfindet:

1. Antrag der Löpfer auf Umänderung der Kommission und Einführung einer Sammelkarte.
2. Antrag des Ausschusses bezüglich eines im nächsten Frühjahr einzuberufenden allgemeinen Gewerkschaftskongresses.

3. Wahl von Revisoren.

4. Verschiedenes.

Außerdem werden die Gewerkschaften ersucht, in ihren Gewerkschaftsblättern die Adresse des Auskunfts-Bureaus der Berliner Gewerkschafts-Kommission bekannt zu geben. Dasselbe befindet sich Rosenstr. 23, vorn I, und ist geöffnet von Morgens 8 bis Mittags 1 Uhr und von Abends 6 bis 8 Uhr für alle Anzeigerangelegenheiten.

Zufchriften an die Berliner Gewerkschafts-Kommission sind zu richten entweder an das obige Bureau oder an H. Franke, Or. Frankfurterstr. 73, S. I.

Die Adressen der Auskunftsmitglieder sind folgende:
H. Millarg, Tischler, Lehrterstr. 22, v. 2 Tr.
A. Massini, Buchdrucker, Solmsstr. 37, v. 4 Tr.
Bernhilt, Former, Saarbrückerstr. 8/9, Hof 4 Tr.
H. Dast, Drechsler, Schönleinstr. 18, 2. Hof 2 Tr.
G. Wuffe, Federjurichter, Sophienstr. 28/29.
G. Winkler, Bildhauer, Wrangelstr. 135, v. 1 Tr.
H. Franke, Möbelpolirer, Große Frankfurterstraße 73, Hof 1 Tr.

Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.
J. A.: Valentin Franke, Or. Frankfurterstr. 73.

Zu dem von uns schon mehrfach erwähnten Streik der Maurer am Theaterbau zu Harburg ist weiter zu berichten:

Mehrere Maurer, die wieder angefangen hatten zu arbeiten, haben abermals aufgehört. Der Unternehmer K. giebt sich Mühe, von seinen übrigen Bauten Maurer nach dem Theaterbau hinzuziehen. Nur mit Wehrlingen des Theaterbau zu vollenden, scheint ihm selber wohl nicht ratsam. Am den endlichen Sieg der Maurer herbei zu führen, ist Jutzug streng fern zu halten.

Wer arbeiten will, kann arbeiten und jeder findet dabei sein Auskommen. Das ist die stehende Redensart unserer Progen, die nicht zugeben wollen, daß Hunderte, ja Tausende trotz eifriger Suchens Beschäftigung nicht finden können. Von diesen Gesichtspunkten ließ sich jedenfalls auch der „deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit“ leiten, als er an den Reichskanzler eine Eingabe machte, in der er sich beklagt, daß die Fälle von Hilfsbedürftigkeit sich stetig vermehren, die nicht in einer Unfähigkeit der Ernährer, ihre Familien zu versorgen, sondern in dem bösen Willen derselben ihren Grund haben. Die Familienväter entzogen sich auf jede erdenkliche Weise ihren Pflichten, entlassene Sträflinge überließen ihre Kinder den Pflögern, bei denen sie untergebracht; andere verpachten ihren Arbeitslohn in den Wirthshäusern, mit zweifelhaften Frauenzimmern und was sonst der Klagen mehr sind. Ein Domizilwechsel helfe schließlich über alle polizeilichen Verhältnisse hinweg. Am Schluß fordert der „Verein für Wohlthätigkeit“ (1) die Wiedereinführung der Beschränkungen der Behörden, pflichterfüllende Familienväter in ein Arbeitshaus zu bringen. Ein gleichartiges Gesuch hat der Braunschweiger Verein gegen Bettel und dem herzoglichen Staatsministerium eingereicht. Die ganze Jeremiade beweist, wie rathlos die herrschende Klasse allen den Ercheinungen, die sie selbst hervorruft, gegenübersteht. Die Palliativmittelchen, Wohlthätigkeitsvereine, Suppenanstalten u. s. w. versagen gegenüber dem bis ins Grenzenlose anwachsenden Uebel.

Versammlungen.

Eine Parteiversammlung im 4. Wahlkreise war zwecks Fortsetzung der Debatte über den Kölner Parteitag zum 1. Dezember einberufen worden. Als erster Redner nahm Genosse Sailer das Wort. Im Gegensatz zu dem Ausspruch Kuer's, die Presse müsse zum Theil die mündliche Agitation ersetzen, hält Redner die planmäßige, mündliche Propaganda, einmal deshalb, weil in den Versammlungen direkter und drastischer gewirkt werden könne als durch das geschriebene Wort, andererseits auch im Hinblick auf den trocknen, polemischen Ton, der theilweise in unserer Parteipresse herrscht, für zweckentsprechender. — Durch das sogenannte Prophetentum in der Partei und durch den Hinweis auf das Hineinwachsen in die sozialistische Gesellschaft werden die revolutionären Triebe der Massen zu sehr gedämpft, deshalb muß neben der politischen Partei die Gewerkschaft für die Bekämpfung dieses Zustandes sorgen. — Die Tabakfabrikarbeiter, so schließt der Redner, sei wahrscheinlich der Vorläufer des Tabakmonopols, dem andere Monopole folgen würden. Die Absicht, die gesamte Arbeiterkraft in slawische Abhängigkeit zu bringen, muß frühzeitig durchkreuzt werden. (Beifall.)

Genosse Lohrson hält die Gewerkschaftsorganisation für illusorisch; die Arbeiter haben in ihrer revolutionären Thätigkeit schon verschiedene Arbeiterkategorien zertrümmert, die übrigen würden denselben Schicksal verfallen. (Widerspruch.) Der folgende Redner, Dr. H y m a n n, bemerkt gegenüber Sailer, daß die Erziehung rednerischer Kräfte mit der Ausdehnung der Partei nicht gleichen Schritt gehalten habe, deshalb solle die Presse, wenn auch nur vorübergehend, diesen Mangel ersetzen. — Bezüglich der drohenden Monopole sei man zu pessimistisch; auch die Großindustrie werde sich den ihr dadurch entgehenden Profit nicht so leicht rauben lassen. — Der wichtigste Beschluß des Parteitag ist nach der Meinung des Redners die Agitation für Erlangung des freien Wahlrechtes in den deutschen Bundesstaaten beziehungsweise des freien Vereinsrechtes. Das sei ein Gedanke, im großen Stile ausgeführt sicheren Erfolg versprechend. (Beifall.)

Genosse Adler führt aus, daß bei der Gegenüberstellung von Gewerkschaft und politischer Partei hingewiesen werden muß, daß keine innere Nothwendigkeit für die Zweitheilung vorliegt. Ein freies Vereinsrecht, ähnlich wie in England, würde auch bei uns die einigende Form zu Stande bringen. Dem Streit mit Worten muß ein Wettstreit in Thaten folgen. Grund zum Pessimismus, wie er aus einigen Reden Klinge, sei nicht vorhanden; habe doch der Minister Eulenburg in dem bekannten Erlaß (gegenüber Bennigsen) ausdrücklich bekräftigt, daß wir den „Höhepunkt“ noch nicht überschritten haben. (Lebhafter Beifall.)

An der weiteren Debatte, in welcher die Ansichten des Genossen Lohrson energisch zurückgewiesen werden, betheiligen sich noch die Genossen Windfeld, Böhm und Wengels. Vor der Abstimmung über die Resolutionen entwickelte sich noch eine längere aber sachliche Debatte über die Beanspruchung des Heymann'schen Mandates, resp. das Verhalten des Genossen Heymann auf dem Parteitag.

Heymann wendet sich in längeren Ausführungen gegen die erhobenen Vorwürfe und bemerkt, daß es unrichtig sei, ihn, der seiner Meinung wegen disziplinarisch bestraft und von bayerischen Unvoersitäten relegiert sei, mit Wehrlingen zu begegnen.

Die untenfolgende 1. Resolution (Platow) wird einstimmig, die 2. Resolution (Böhm), gegen einige Stimmen hierauf angenommen. Zu Ehren des verstorbenen Genossen T b i c k e erhoben sich die Anwesenden, nachdem der Vorsitzende kurz auf den Verlust, der uns betroffen, hingewiesen, von ihren Plätzen. Wie bekannt gegeben wurde, referirt Genosse Buech am nächsten Dienstag im Wahlverein über „Sibirien“.

Resolutionen:

1. Die heutige Volksversammlung erklärt, daß die gewerkschaftliche Bewegung, gleichviel in welcher Form, für die sozialdemokratische Partei ebenso nothwendig wie die politische Bewegung ist, sobald sie beide geistig Hand in Hand arbeiten. Beide haben ein Ziel, den Arbeiter vom materiellen und politischen Druck zu befreien und Front gegen das ausbeuterische Kapital zu machen. Die Versammlung hält es für die erste Pflicht eines jeden, sich öffentlich

bekennenden Sozialdemokraten vor Eintritt in irgend einen Verein, gleichviel wie solcher heißt, vor allem der politischen und gewerkschaftlichen Organisation als Mitglied beizutreten und dafür überall zu agitiren.

2. Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Haltung ihrer Delegirten in Köln einverstanden; ebenso erkennt sie die gefaßten Beschlüsse als die ihrigen an.

Gegen die persönlichen Angriffe auf den Delegirten Genossen Heymann, welche in einer Versammlung des vierten Kreises, sowie in einer Versammlung in Pankow gemacht sind, spricht die Versammlung ihre Mißbilligung aus.

Die Genossen des vierten Wahlkreises verpflichten sich ferner, für die gewerkschaftliche Organisation, sowie in erster Linie für den Wahlverein ihres Kreises, soviel ihre Kräfte es gestatten, thätig zu sein.

Nitzdorf. Am 26. November tagte hier eine Mitgliederversammlung des deutschen Holzarbeiterverbandes, in welcher Genosse Timm einen sehr interessanten Vortrag über „die Preissteigerung der modernen Arbeiterklasse“ hielt. In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen im Sinne des Referenten. Unter Berensangelegenheiten brachte ein Kollege, der in Weich in der Werkstatt der Herren Wolff und Bierzbomski auf Treppengeländer gearbeitet hatte, seine Ergebnisse zur Sprache. Die Arbeitszeit in genannter Fabrik dauert 10 Stunden. In den ihm am Sonntag übergebenen Lohnzetteln gab der Kollege in der Lohnrubrik einen Stundenlohn von 40 Pf., an, gewiß kein hoher Lohn. Wie erkannte er aber, als ihm bei der Lohnauszahlung nur 30 Pf. berechnet wurden und da er 50 1/2 Stunden gearbeitet hatte, nach Abzug von Krankengeld und Invalidentasse, 17 M. und ein paar Pfennige veraholgt wurden. Der Arbeitsnachweis befindet sich Prinz Handjery- und Besingstraße Ecke. Dasselbst können Beiträge entrichtet und die Fachzeitung abgeholt werden.

Der Verein der Hilfsarb.-Arbeiter hielt am 27. November seine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen J u l k e durch Erheben von den Plätzen. In einem beifällig aufgenommenen Vortrage sprach sodann der Genosse M a t t u t a über das Thema: „Die gewerkschaftliche Organisation“. An der sich hieran anschließenden Diskussion betheiligten sich die Kollegen M e n z e l, B ä t t n e r und S c h m o l l i n g im zunehmenden Sinne zum Referat. Mehrere Anträge der Agitations-Kommission 50 M. den Lithographen in Brandenburg 15 M. und den Kollegen in Offenbach 10 M. zu bewilligen, wurden angenommen. Kollege Steffen richtet die Aufforderung an die Kollegen, mit den Biletts vom Stiftungsfest schleunigst abzurechnen. Hierauf trat die Versammlung in eine ausführliche Besprechung der Werkstattverhältnisse bei der Firma E r s t u t ein, und wurde die überlange Arbeitszeit, die 14—15 Stunden beträgt, einer recht abfälligen Kritik unterzogen. Wie Kollege B ä t t n e r bekannt gab, findet die Protestversammlung der Orts-Krankenkasse am 7. Dezember statt. Zum Mitglied der Arbeitsnachweis-Kommission wählte die die Versammlung den Kollegen Valerius.

Öffentliche Versammlung aller Geschäftslente, sowie Hausfrauen im Siedhofen Berlin am Dienstag, den 6. Dezember, Abends 8 Uhr, in den Jentual-Hallen, Brandenburgerstr. 160, nahe der Waiberstraße. Tagesordnung: 1. Bestimmung der Geschäftsanteile, um Willkür gegen die Konsumvereine zu schaffen. Referent: Reichstags-Abgeordneter Friz J u b e l. 2. Sachliche Gründe, die die verschiedenen Arbeiterkategorien zerkümmern. Referent: Herrmann J a n g e n. 3. Vermeidung der Verarmung. Referent: Herrmann J a n g e n. 4. Die Bedeutung der Arbeiterbewegung. Referent: Herrmann J a n g e n.

Verein der Bureau-Angestellten und verarmten Berufsangehörigen. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. des Monats, Abends 8 Uhr, Rosenstraße 88, Mittelsaal-Versammlung.

Blumen- und Pflanzenerbeiter und Arbeiterinnen. Freitag, Dienstag, Abends 8 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstr. 16, Versammlung. Sprechsaal: „Die Frau in der Bergangelegenheit“.

Landverein der Capositzer Berlin und Umgebungen. Dienstag, den 6. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Holz, Alte Jakobstr. 76. Vortrag über: „Deinrich Heine“.

Arbeiter-Gewerkschaft. Dienstag Abends von 8—10 1/2 Uhr. Nord-Schule, Müllerstraße 179a; Unterricht in: Kaufm. Rechnen, Korrespondenz, Dikt. Schule, Markushöhe 31; Unterricht in: Deutsch (ant.), Südost-Schule, Reichensbergstraße 133. Unterricht in: Mathematik. Bei allen Unterrichtsstunden können Schüler und Schülerinnen auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abgesehen ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie waltet sich aber gleichzeitiger dagegen, mit dem Inhalt desselben Identifiziert zu werden.

In Nr. 277 dieses Blattes befindet sich unter der Rubrik „Parteinachrichten“ eine Notiz von Darmstadt, in welcher mein Name als Zielscheibe des Artikelschreibers dient. Ich habe zu erwidern, daß in den Annalen der Justiz nirgends ein Darmstädter Anarchistenprozeß zu finden ist. Wäre dieses aber wirklich der Fall, was hätte das für meine Person und für die Leser des „Vorwärts“ zu bedeuten, wenn der Artikelschreiber nicht beweisen kann, daß ich Anarchist bin und anarchische Propaganda treibe. Der Zweck des Ganzen ist: Verächtlichmachung meiner Person. Da ich den Artikelschreiber von Person kenne, sehe ich mich zu der weiteren Erklärung veranlaßt, daß mir derselbe sammt seinem Artikel in gar keiner Weise imponirt und daß ich mich mit demselben absetzt in keine weitere Zeitungspolemik einlasse, da mir das Interesse der Arbeiterbewegung höher steht als Pfrafenmacherei und meine Kraft besser zu verwerthen weiß. R. W. Braun.

Kollegen der Tabak- und Cigarren-Branchen!

In letzter Stunde machen wir Euch noch auf Eines aufmerksam. Petitionen werden im Reichstage im Allgemeinen nicht besonders beachtet, vielmehr einfach bei Schluß der Gesetzesberatungen als durch die Abstimmung erledigt erklärt. Etwas Anderes ist es bei einem Petitionssturm! Eine Petition mit Millionen von Unterschriften erzwingt sich Beachtung. Kollegen! sorgt dafür, daß die Reichshauptstadt sich bei der Bewegung gegen die unserer Existenz drohende Gefahr würdig an die Spitze stelle. Bietet Alles auf, damit wir, wie es sich für Berlin ziemt, einige hunderttausend Unterschriften zusammenbringen und der Wille des Volkes den Gesetzgebern deutlich werde. Weitere Petitionsbögen sind von Krieger u. Oberbeck, Leipzigerstr. 63, zu entnehmen. Dasselbst sind die ausgefüllten Bögen bis spätestens 8. d. M. abzuliefern. Sorgt für vollständige Ausfüllung der Petitionslisten.

Deyerschen.

(Zeichnungen des Bureau Herold.)

Warschau, 4. Dez. Unter dem Verdachte der Betheiligung an nihilistischen Verschwörungen wurden in Kiew und Czernikow viele russische Studenten sowie mehrere Damen verhaftet.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

London, 2. Dezember. Trotz des Verbotes versuchten die Anarchisten heute auf Trafalgar-Square ein Meeting abzuhalten. Die Menge hatte sich eingefunden, man bemerkte viele Ausländer. Das Anarchistenblatt „Commonweal“, welches heute einen Artikel enthielt, betitelt „Bomben“, in welchem das Attentat in Barcelona gepriesen wird, fand vielen Abfah. Zahlreiche Polizeimannschaften waren zur Stelle. Um 8 Uhr Nachmittags versuchte ein Anarchist den Sokel der Nelsonsäule zu besteigen; er wurde unter dem Bischen der Menge verhaftet. Als die Versuche, den Sokel der Nelsonsäule zu besteigen, sich wiederholten, erschienen um 8 1/2 Uhr 50 kühnere Polizisten auf dem Platze und trieben die Menge auseinander. Die übrigen Polizeimannschaften schritten gleichzeitig ein, und da Widerstand von der Menge nicht geleistet wurde, war der Platz bald gesäubert.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**
Am Dienstag, den 5. Dezember
im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 38:
Versammlung. 241/13

Tagesordnung:
Der Christlich-soziale Staat der Jesuiten in Paraguay. Referent: Genosse
Sassenbach. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Frage-
kasten.
Der Vorstand.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Deuth-Strasse 2.

In der Herstellung befindet sich und wird Mitte Dezember cr.
zur Verfertigung kommen:

Protokoll
über die
Verhandlungen des Parteitages
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Köln vom 22.-28. Oktober 1893.
ca. 18 Fogen 8° — elegant broschirt
Preis 40 Pfennig.

Die Verhandlungen des Kölner Parteitages dürften wegen
ihrer Bedeutung das lebendigste Interesse eines jeden Parteigenossen
in Anspruch nehmen. Die erschöpfenden Verhandlungen über die
Gewerkschafts-Bewegung sind überaus wichtig und ihre Kenntnis
nach dem stenographischen Bericht jedem Parteigenossen
notwendig. In Rücksicht darauf und auf den zudem hohen agi-
tatorischen Werth und die dadurch wünschenswerthe Massen-
Verbreitung haben wir den überaus billigen Verkaufspreis —
40 Pfennig pro Exemplar bei sorgfältiger, geschmack-
voller Ausstattung — festgesetzt.

Um die Anlageshöhe bestimmen zu können, bitten wir uns
den ungefähren Bedarf der einzelnen Orte schon jetzt bekannt zu
geben; nur so sind wir in der Lage, allen an uns gestellten An-
forderungen rechtzeitig genügen zu können.

Die Verfertigung erfolgt gleichzeitig nach allen Plätzen Deutschlands.
Porto und Frachten zu Lasten der Besteller.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Bei Aufträgen von Mauerbach ersuchen wir um gleichzeitige Einwendung des
Betrages (Porto 20 Pfg. extra).

Metzner's Korbwaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Muster-
bücher gratis. Theilzahlung
gestattet. 500 Mark zahl-
bar. Ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte
Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Jamaica-Rum,
e ist u. faq. Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger.
Eugen Neumann & Co.,
6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Musik.
Instrumente wie Zithern, Geigen, Gitarren,
Mandolinen u. s. w. Größtes Lager Harmonikas
jeder Grösse. Spieldosen zum Drehen und
selbstspielend (alle mit Arbeiter-Liedern), Schweizer Werke.
Herophons, Aristons u. s. w. 5165L
Lausitzerstr. 51, Aug. Kessler, Lausitzerstr. 51.

Als anerkannt reelle und that-
sächlich billigste Einkaufsquelle
des Süd-Ostens für
**Gold-, Silber-,
Alfenidewaren** (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Teppiche m. kleinen
Webefehl.
Sopha-Grösse 5, 6, 7, 8—10 M.
Salon-Grösse 12, 15, 20—50 M.
Portiären 3, 4, 5, 6—10 M.
Bettvorleger
à Stück 1,00, 1,50, 2,00, 3—5 M.
Läuferstoffe 0,50, 0,60—1,50 M.
Tischdecken 2, 3, 4, 5—10 M.
Steppdecken 4, 5, 6, 7—10 M.
Fabrik A. Michaelis, Berlin,
Friedrichstr. 7, am Belle-Alliancepl.

Sieben
erf. in
meinem Verlage:
Märchenbuch
für die Kinder des Proletariats.
160 Seiten mit 5 Sautdruckbildern in elegantem Prachtband.
Preis 1 Mark.

Inhalt: Hirtensilde und Wanderstab. Illustriert. — Im Käfig. Gedicht. — Die Bienen und
der Bär. — Der Hunderpiegel. Illustriert. — Das Pferd und der Hül. Gedicht. — Der Vater und seine
Söhne. — Die drei Schlangen. — Der arme Reiche. Illustriert. — Die rothe Blume. — Das Schwein
und der Mensch. — Der Wunderbaum. Illustriert. — Die Bienen. Gedicht. — Die Gule und die Lerche.
— Die Affen. — Zwei Brüder. Illustriert. — Unzufriedenheit und Zwietracht. Gedicht. — Der schöne
Vogel. — Der Mensch und das Kameel. Gedicht. — Der arme Konrad.

Das vorliegende Buch unternimmt den Versuch, in der Form des Märchens und der Fabel das
junge Proletariat in die Welt der sozialistischen Idee einzuführen. Es bietet der Jugend keine trockene
Lektüre, sondern reißt ihre Phantasie hin, um ihre Begeisterung für die Ideale ihrer Eltern zu erwecken.
Der Verlag glaubt, das Buch allen Parteigenossen als vorzügliches Weihnachtsgeschenk für ihre Kinder em-
pfehlen zu können. Der Preis ist trotz des außerordentlich reichen Inhalts, des starken Umfanges und der
guten Ausstattung des Buches so niedrig als möglich gestellt.

Das „Märchenbuch für die Kinder des Proletariats“ ist zu beziehen durch alle Partei-
Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungspediteure, sowie direkt vom Verlag:
**Hans Baake, Berlin S.,
City-Passage.**

!! Achtung !!
Motto:
Großer Umsatz,
Kleiner Nutzen.
Um dem geehrten Pu-
blikum den Weihnachts-
einkauf zu erleichtern,
verlaufe ich meine selbst-
gefertigten Schuh-
waren äußerst billig.
Herren: Schaststiefel
von 6 M. an,
Herren-Jugst. v. 5 M. an,
Damen-Jugstiefel von 4 M. an,
Kinder-Schuhe u. Stiefel v. 0,40 M. an.
Reichhaltiges Lager v. Herren-
Damen- und Kinder-Haus-
schuhen, Filzschuhen u. Pan-
toffeln in jeder Qualität und
52738* Größe.
Damen- und Herren-Gummis-
schuhe, bestes Fabrikat!
Nur Oranienstr. 8 z. schlanken
beim lieben Gustav.
Gegründet 1859.
Franz Schulte (Sohn),
Schuhmachermeister.

Bitte lesen Sie!
Jedem Genossen, der seinen Bedarf an
Winter-Paletots,
sowie Anzügen, einzelnen Röcken,
Jaquets, Hosen, Westen u. s. w., ferner
Stiefeln, Hüte, Wäsche, Betten, gold-
und silberne Herren- u. Damen-Uhren,
Waschkessel, Reife- und Holzstoffer
u. s. w. billig und gut kaufen will,
empfehle mein bekanntes reichhaltiges
Lager in Alt und Neu, auch werden
verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien, Schneidermstr.
und Partiewaarenhändler,
127 Etalier-Strasse 127
Bestellungen nach Maß werden billig
und gut ausgeführt.
Bitte recht genau auf Namen und
Hausnummer zu achten. 5055L*

Steppdecken
echt Wollatlas (reine Wolle)
Grösse 150 x 200, Stück 7,50 M.
circa 1000 Stück schwere buntfarbige
Normal-Schlafdecken
mit kleinen Maschinenflocken, in
reizenden Jacquard-Mustern, Grösse
150 x 200 cm.
per Stück 4,50 M. sonstiger
Preis 9 M.
Meine illustrierte Preisliste über hoch-
feine Stepp- und Schlafdecken gratis
und franco. 3783L*
Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstrasse 158.

**Detailverkauf jänmtl. Sorten
Roh-Tabak**
Rud. Völcker & Sohn,
Köpnickerstr. 45. (344b)
Schneidermeister,
H. Strauß, Fürstenwalderstr. 4, I,
empfiehlt sich zur Anfertigung v. gut-
stehenden u. modernen Kleidungsstücken,
sowie Stoffe zur Auswahl. 31b*

Blumenhandlung
P. Abromeit, Blücherstrasse 69,
Berlin SW. 1873b
Kränze, Bouquets, Topfgewächse,
Guirlandes u. s. w.
Billigste (Markthallen-) Preise bei ge-
schmackvoller Ausführung.

Diebe-
ne und billige Damenmützel-
fabrik Berlinerstr. 76, I **Creppe,**
in **Charlottenburg,** verkauft
Estimo-Jaquets 5-7 1/2 M., Blüsch-
Jaquets 15 M., Regenmäntel 8 1/2
bis 7 1/2 M., Capes 7 1/2 M., Blüsch-
Jaquets und Damassé-Capes von
30 M. an. 5044L*

**5 1/2 Pfund Albrecht's
Brot für
50 Pfennig Bäckerei,**
Liefert Wrangel-Strasse 8
Langestr. 26, Falkensteinstr. 28
Arnold Lange, 181.
Brunnenstrasse neue Haus-Nr.
Filz- u. Seidenhüte mit Kontrollmarken.
Großes Lager in Damen- und Herren-
Regenschirmen, Muffen, Soas, Pelz-
tragen, Pelzmützen. Billige Preise.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
2. Deuth-Strasse, Berlin SW. Deuth-Strasse 2.
Am 10. Dezember cr. erscheint in unserem Verlage:
Buch der Freiheit.
Gesammelt und herausgegeben
von
Karl Wendell.
Zwei Bände, je zirka 20 Fogen umfassend, à Mark 1,75
elegant in Prachtband gebunden, komplet Mark 5,—
Bei Voraus-Bestellungen, die bis 10. Dezember ein-
gehen, gewähren wir Vorzugspreise: Mark 1,50 pro Band
und Mark 4,50 für den kompletten Prachtband.
Diese Sammlung der gedankenreichsten und formenschönsten
deutschen Freiheits-Lieder von Goethe bis auf die Dichter des
jüngsten Deutschland hat ihren politischen und literarischen Werth
in der Person des Herausgebers verbürgt, der als Dichter wie als
Freiheitskämpfer in der Deutschen Arbeiterwelt seit langem und bestens
bekannt ist. — Das „Buch der Freiheit“ sollte jeder Genosse er-
werben, dessen Herz für Freiheit und Schönheit schlägt. Für die
kommende Festzeit kann es kein schöneres und passenderes Fest-
geschenk geben als das „Buch der Freiheit“. 415/9
Zahlreichen Aufträgen steht entgegen
Buchhandlung des „Vorwärts“

Ernst Quester's Musikinstrumenten-Geschäft,
Gr. Frankfurterstr. 15, empfiehlt Harmonikas, Saiten und andere Musik-
instrumente zu Fabrikpreisen. Verleih-Institut für Manopans,
Herophons. Reparatur-Werkstatt sämtl. Instrumente. 5088E*

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billige
Preise! Sämtliche im Handel
befindl. Rohtabake sind am Lager.
**A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.**

Vollständiger Ausverkauf!
Leipzigerstr. 91, 1 Treppe, nur bis
15. Dezember. Jaquets reich garnirt
7,00 M., Jaquets in großartigster
Ausführung 12,50 Mark. Seiden-
plüsch-Jaquets bisher 60,00 Mark,
jezt 25,00 Mark, lange Winter-
paletots sonst 30,00 M., jezt 10,00 M.,
Capes in herrlicher Ausführung früher
30,00 M. jezt 12,50 M. Winterwesten
mit Pelz und Federbesatz sonst 25,00 M.,
jezt 7,00 M., Hunderte Strassen- und
Abendbräuer in allen Farben bisheriger
Preis 80 M., jezt 20—30 M., 200
Regenmäntel 4,50 nur Leipzigerstr. 91,
1 Treppe. 5080E*

Pelzwaren
Einzelsverkauf 5185L*
zu **Engros-Preisen**
direkt in der Fabrik von
Goebel & Reincke,
Stallschreiber-Strasse 50/51, 1 Treppe,
Ecke Alexandrinen-Strasse.
Bestellungen und Reparaturen billig.

Stempelfabrik
von Dr.
R. Hecht
BERLIN S.
Oranienstr. 55
liefert schnell
und billig
alle Arten
Stempel.
Kalligraphische Ornamente

**Empfehle mein Geschäft in frischen
Blumen und Kränzen.** 3528 L
Robert Meyer,
Nr. 2 Mariannenstrasse Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu ver-
meiden, bitte ich meine Freunde und
Genossen, genau auf meine Adresse zu
achten.

Diebe-
ne und billige Damenmützel-
fabrik Berlinerstr. 76, I **Creppe,**
in **Charlottenburg,** verkauft
Estimo-Jaquets 5-7 1/2 M., Blüsch-
Jaquets 15 M., Regenmäntel 8 1/2
bis 7 1/2 M., Capes 7 1/2 M., Blüsch-
Jaquets und Damassé-Capes von
30 M. an. 5044L*

Rechts-Bureau.
Mendelsjohnstrasse 14 von 3-9.
Rath und zuverlässige Ausföhrung in
allen Rechtsangelegenheiten. (5163L*
Topolinski, jr. Bureauvorsteher.

Damenkleider wie Blousen verk. bill.
Baumann, Schneiderin, Moritzpl. 150, II.

Restauration, Parterre-Saal, billig
zu verkaufen. Zu erst. bei Elias,
Friedr. Karlstr. 31, Friedrichsberg. 5555

Perfekte Kleidermacherin empf. sich in
und außer dem Hause pro Tag 2 M.
Frau Förster, Ritterstr. 161, IV. 5789

Pelzsachen
jeden Genres.
Damen-Muffen v. 1,50 an,
Kinder-Muffen v. 1,00 an.
Garets
für Mädchen u. Knaben.
Herren-Kragen u. Mützen
Hüte
nur mit Kontrollmarke.
Schirme, Handschuhe,
Hosenträger,
Krawatten u. s. w.
Otto Gerholdt,
Dresdenerstrasse Nr. 2
(am Rottbuser Platz). (5128L*)

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in u. ausländischen Sorten,
gute Qualität, tadelloser Brand,
in billigster Preislage, empfiehlt
**Heinr. Franck, Roh-Tabak-
Handlung,
Brunnenstr. 185.**

Empfehle mein Geschäft in frischen
Blumen und Kränzen. 3528 L
Robert Meyer,
Nr. 2 Mariannenstrasse Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu ver-
meiden, bitte ich meine Freunde und
Genossen, genau auf meine Adresse zu
achten.

Rechtsbureau des königlichen Amts-
richters Dr. Alte-Jacob-
strasse 130. Gewissenhafter Rath in allen
Angelegenheiten. Unbemittelten unent-
geltlich. Auch Sonntags. 4922E*

Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Reklamationen,
Rath im Zivil- und Strafprozess. Ein-
ziehung von Forderungen. **Pollak,**
jezt Blumenstr. 19 II. Auch Sonntags.

Bereinszimmer m. Pianino ist zu verg.
Deuthstr. 11. C. Langkutt. 5149E*

Wohnung, 2 Stub. u. Küche ist weg.
Verzugs nach außerhalb sofort oder zum
1. Jan. spottbillig zu vermieten. 5525
Dreß, Plantagenstr. 42, v. 1 Tr.

Arbeitsmarkt.
Wir suchen einen tüchtigen Selbst-
geher (Formet).
Gebr. Metscher,
Wittenberge,
255
Metallgüßwaaren- u. Pumpen-Fabrik.